KAIS.-WILH.-BIBL. POSEN.
18 MRZ. 1907

— Sechszehnter Jahrgang. —

Nr. 8.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 15. bis 21. Februar 1907.

Posen, den 26. Februar 1907.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus dem Jahresbericht des Posener Sokolvereins für das Jahr 1906.

Kameraden!

. . . . Der Geist ist wach — der Leib erhebe sich,
Zu neuen Mühsalen — zur Auferstehung,
Zu harter Arbeit — aufzustehen ist es für uns schon Zeit.

Zwanzig Jahre sind seit dem Bestehen unseres Sokolvereins verflossen! Diesen Jahrestag konnten wir aber — durch einen öffentlichen Umzug oder durch glänzenden Turntag — nicht so feierlich begehen, wie wir es gewünscht hätten. Durch die Ketten einer hundertjährigen Sklaverei gefesselt, durch das rücksichtslose Verfolgungssystem unserer Eroberer drangsaliert, ist uns die Möglichkeit eines ungebundenen Vergnügens und der Pflege des Turnens genommen, das heut von allen zivilisierten Völkern gefördert wird, — nur uns ist dies nicht erlaubt.

Überhaupt stellt sich die Entwickelung unseres Sokolvereins nach zwanzig Jahren nicht sehr vorteilhaft dar — sie geht fortwährend zurück. Was ist schuld daran? In erster Linie eine unbegreifliche Trägheit des überwiegenden Teils der Mitglieder, welcher die Ziele des polnischen Sokoltums nicht zu erfassen vermag. Der Grundsatz: „Im gesunden Körper ein gesunder Geist" ist für sie nichts als ein leerer Schall, und doch, kann es denn einen wichtigeren Zweck geben, als durch rationelle Pflege körperlicher Übungen die physische Tüchtigkeit der künftigen Generationen auszubilden? Das ist doch Kraft, Gesundheit! Ganz gewiß aber ist diejenige Nation vor dem Untergange sicherer, die außer dem moralischen Wert physische Gesundheit besitzt.

Eine zweite Ursache des Stillstands unserer Sokolvereine ist — das unterliegt keinem Zweifel — die außergewöhnliche uns von den Polizeiorganen zuteil werdende Fürsorge; viele Mitglieder treten geradezu aus Furcht vor der Polizei aus dem Sokolverein aus, obgleich sich zu fürchten kein Grund vorhanden ist. Uns dem Gesetz anzupassen, ist natürlich unsere Pflicht, darüber hinaus aber wollen wir „unser" sein! Laßt uns auch unsere Rechte kennen, und lassen wir uns nicht durch jede Forderung der Polizei einschüchtern. Früher, als sich die Polizei mit uns nicht so zärtlich befaßte, weil wir noch „amtliche Politik" trieben, und als man uns in prächtigen Uniformen glänzende Turntage und Vergnügungen, die vom Publikum zahlreich besucht wurden, veranstalten ließ, scharte sich alles unter unsere Fahnen, denn wir galten als ein Verein, dessen Devise das Vergnügen sein sollte.

Plötzlich aber hört dies alles auf; es gibt keine Turntage, keine rauschenden Festlichkeiten; wir sind vor die harte Notwendigkeit unserer politischen Existenz gestellt.

Und anstatt mit dieser für uns unvorteilhaften Entwickelung zu ringen und ihr mutig die Stirn zu bieten, legen wir ratlos, mißvergnügt die Hände in den Schoß . . .

Wie ist das möglich? Der Sokol, in welchem das Leben so rasch pulsierte, gibt gleich beim ersten Ansturm der feindlichen Verhältnisse jede Hoffnung auf und vegetiert gleichsam inmitten einer Kirchhofsruhe dahin!

Ich sehe nur einen Grund, weshalb dies so geschehen ist und geschehen mußte.

Unser Sokolverein ist unter für ihn möglichst günstigen Verhältnissen entstanden; mit Begeisterung wurde der Gedanke seiner Gründung aufgenommen; man vergnügte sich, man turnte sogar mit ziemlich großer Lust, — mit einem Wort man liebkoste geradezu unsern Turnverein wie ein verzärteltes Kind, und wie bei einem verzärtelten Kinde zeigten sich auch hier die verderblichen Folgen dieser Liebkosungen. Als er — ohne Abhärtung, ohne die Grundlagen einer reellen Gesundheit — vor die harte Wirklichkeit des Lebens gestellt war, geriet er in Verzweiflung, denn er hatte sich nicht an den Kampf ums Dasein gewöhnt! Und heute ist es an uns, das wieder gutzumachen, was vernachlässigt worden ist. Das ist eine schwierige Sache, ich hege aber die Hoffnung, daß uns dies gelingen und daß wir ein gesundes und nützliches Werk in die Welt setzen werden.

Das ganze Verhängnis unseres Sokoltums war, daß es von Anfang an keinen Mann besaß, der, die frühere Begeisterung ausnützend, es verstanden hätte, dies wahrzunehmen und die Liebe zum Turnen einzuwurzeln; stets fehlte es unserem Sokoltum an einem Organisator, wie ihn z. B. die Tschechen besaßen.

Und doch haben wir die aufrichtigsten Absichten, unseren Mitgliedern sowohl körperliche, als auch geistige Vorteile zu bieten. Wenn wir selbst nicht mehr vom Turnen Gebrauch machen können oder wollen, so laßt uns wenigstens daran arbeiten, die künftigen Geschlechter von frühester Jugend an die Pflege der körperlichen Übungen zu gewöhnen, die ein ausgezeichnetes Mittel zur Erhaltung der Gesundheit und physischen Kraft sind.

Seit kurzer Zeit aber haben wir neue Bahnen betreten, als uns die Pflege des Turnens erschwert wurde. Wir bieten unseren Mitgliedern Gelegenheit, unsere ruhmvolle Vergangenheit kennen zu lernen; wir bieten ihnen ferner die Möglichkeit, polnisch schreiben und lesen zu lernen, und das tut uns fürwahr sehr not, denn ohne Übertreibung kennt gut die Hälfte von uns unsere schöne Muttersprache nicht so, wie sichs gebührt. Das ist zwar nicht ganz unsere Schuld —

nein — denn woher soll jeder die Möglichkeit nehmen, polnisch lesen und schreiben zu lernen, wenn dieser Unterricht aus der Schule hinausgeworfen worden ist? Man darf sich aber die Gelegenheit nicht entgehen lassen, wenn sie da ist, und ich wundere mich unendlich, daß so wenig Kameraden von dem Geschichtsunterricht, namentlich aber von dem Unterricht der polnischen Sprache Gebrauch machen.

Und hier kann ich nicht umhin, noch eine Sache einer Betrachtung zu unterziehen. Es wird bisweilen mit Emphase verkündet, daß unser Sokoltum nach der Wiedergeburt der Nation gestrebt habe und strebe. Sehr richtig! Wie sieht es aber damit in Wirklichkeit aus? Diejenigen, die am meisten davon sprechen, tun in Wahrheit nichts, um zu beweisen, daß wir an unserer Wiedergeburt arbeiten; und doch besitzen wir tatsächlich die Möglichkeit, wenigstens wenn auch nur einen einzigen Baustein hierzu beizutragen. Wir sind ein politischer Verein, man hat uns dies eingeredet, und schließlich bekannten wir uns selbst dazu. Nützen wir dies also aus, arbeiten wir nicht nur an unserer Aufklärung, sondern klären wir unser Volk auch in politischer Hinsicht auf — das ist uns erlaubt. Hierbei benötigen wir aber auch die Mitarbeit der älteren Kameraden, diese aber haben sich vom Sokoltum fast gänzlich abgewandt.

Drum ans Werk, Kameraden! Laßt uns endlich ein positiver Faktor in unserer bedrückten Volksgesamtheit sein, tragen auch wir einen Baustein zum Bau unserer nationalen Wiedergeburt bei, denn ein Dasein ohne Arbeit ist ein zweckloses Dasein!

In dem Bericht über die Tätigkeit unseres Vereins im letzten Jahre übergehend, kann ich nur den allgemeinen Mangel des Interesses am Verein feststellen. Die Teilnahme der Mitglieder an den Versammlungen überschritt nicht die Zahl von 50 Kameraden trotz der häufig interessanten Vorträge.

Unser Verein hielt 13 Versammlungen ab, darunter zwei Generalversammlungen und eine den zum Militär abgehenden gewidmete Versammlung.

In der Jahresversammlung wurden in den Vorstand gewählt die Kameraden: Dr. Zakrzewski, Vorsitzender; Kabzinski, Schriftführer; Thaddäus Siewicz, Kassierer.

Dem Beirat gehörten an die Kameraden: Borucki, Broniarz, Dreyza, Grajkowski, Laskowski, Marciniec, Pelczynski, Dr. Szulczewski, Wieczorek und Fronckowiak als Vorsitzender der Radfahrer-Abteilung.

In die Revisionskommission wurden gewählt die Kameraden: Chociszewski, Rzepecki, Kaniasty, Szmytkowski, Czaplicki, Kasprzak.

In der Halbjahrs-Generalversammlung legten ihre Ämter nieder: Kamerad Kabzinski, Schriftführer, wegen Verlegung des Wohnsitzes und die Kameraden des Beirats: Pelczynski und Wieczorek.

Auf allgemeinen Wunsch wurde die Wahl neuer Mitglieder an Stelle der austretenden zu der nächsten Versammlung am 8. August vertagt; in dieser Versammlung wurden zum Schriftführer der Unterzeichnete, in den Beirat aber die Kameraden Biernacki und Walkiewicz gewählt.

Im Laufe des Jahres fanden folgende Vorträge statt: Den 7. März: Dr. Szulczewski: „Die Entwickelung der polnischen Industrie im Großherzogtum Posen; den 4. April: Kamerad St. Zielinski: „Die Selbständigmachung Galiziens und der Antrag der Alldeutschen auf die Absonderung Galiziens"; den 2. Mai: Kamerad Czeslaus Buzzel: „Das Leben Thaddäus Kosciuszkos"; den 6. Juni: Dr. Szulczewski: „Über Stasicz"; den 4. Februar: Kamerad Krenz: „Die deutsche Ansiedelung in Polen im XIV. Jahrhundert"; den 8. August: Kamerad Dr. Szulczewski: „Der Einfluß der Kultur auf die Gesundheit"; den 5. September: Herr Ulatowski: „Die Idee des Dichters Mickiewicz"; den 3. Oktober: Kamerad Dreyza: „Vom Turnen"; den 7. November: Kamerad Rzepecki: „Napoleon"; den 5. Dezember: Kamerad Switala: „Das polnische Sokoltum im preußischen Anteil in der Gegenwart"; den 2. September: Dr. Marchlewski: „Aus der Geschichte des Herzogtums Posen".

Nach fast jedem, besonders aber nach dem Vortrage des Kameraden Switala entspannen sich lebhafte Diskussionen, die von der Aktualität der berührten Fragen zeugten.

Ein einziges öffentliches Auftreten unseres Vereins muß ich hier erwähnen, nämlich die am 13. Mai im Lambert'schen Saale veranstaltete Volksversammlung des Sokolvereins. Ihr Verlauf war ernst, und das Ergebnis — 32 neue Mitglieder.

Was das Turnen anbelangt, so muß ich bemerken, daß es die Bahnen, einer systematischen Entwickelung betreten hat; der Kreis der Turner ist zwar nicht zahlreich, statt dessen aber sind es arbeitswillige und die Wichtigkeit der Aufgabe erfassende Kameraden; und der augenblickliche stellvertretende Turnwart Kamerad Borucki bietet jegliche Gewähr, daß er der Aufgabe gewachsen ist.

Daß sich das Turnen in unserem Verein tatsächlich gehoben hat, dafür kann das als Beweis dienen, daß Posen bei dem am 16. September veranstalteten Wettturnen drei Preise errang. Den ersten Preis erhielt Kamerad Bronislaus Jendrach, den zweiten Kamerad Eduard Biernacki und den dritten Kamerad Franz Kryg. Den Siegern wurden mit einer entsprechenden Ansprache des Turnwarts Dreyza anläßlich der für die militärpflichtigen Kameraden veranstalteten Versammlung schön ausgeführte Diplome überreicht.

Einen empfindlichen Verlust erlitt unser Verein durch den Weggang des Turnwarts Dreyza; er hat sich nach Schlesien begeben, um seine Fähigkeiten auf einem weiteren Gebiete zu erproben. Wer von den Kameraden sich nur einigermaßen für unseren Verein interessiert hat, der weiß, was Kamerad Dreyza für unseren Turnsport war, denn er erst hat, seine ganze freie Zeit hingebend, ein gewisses System in die Einteilung der körperlichen Übungen eingeführt und es dahin gebracht, daß wir uns trotz seines Weggangs unbesorgt auf unsere eigenen Kräfte stützen können. Denn die Saat, die Kamerad Dreyza unter die von ihm organisierte Schar der Vorturner ausgestreut hat, wird sicherlich nicht vergeblich sein und üppige, gesunde Früchte zeitigen.

Kamerad Dreyza verblieb übrigens in unserem Verein weiter als Mitglied, und ich hege die Hoffnung, daß er noch einmal zusammen mit uns an dem schönen Werke mitwirken wird.

Die Erinnerung an ihn wird in den Herzen unserer Turnerschar nicht erlöschen.

Auch der unerbittliche Tod forderte seine Ernte in unseren Reihen. So starben im Laufe des Jahres die Kameraden: Boleslaus Szulz, Martin Kaniasty und Ladislaus Seydlitz. Ich werde mir hier keine Mühe geben, die Verdienste der beiden letzten zu schildern. Die bürgerliche Arbeit des verstorbenen Kaniasty ist uns nur zu gut bekannt; nirgends fehlte er, wo es sich um die Erfüllung der nationalen Pflichten handelte, insbesondere groß waren seine Verdienste in den Wahlkomitees unserer Stadt. Der verstorbene Ladislaus Seydlitz hat als Mitbegründer und erster Vorsitzender unseres Vereins nicht wenig gearbeitet, um ihn zur höchsten Entfaltung zu bringen. Ehre ihrem Andenken!

Am Schluß meines Berichts muß ich noch der Arbeit des Vorstands Erwähnung tun. Er arbeitete gern und soweit seine Kräfte reichten; er versäumte nichts, um die Monatsversammlungen zu beleben, in-

dem er für die passendsten Vorträge sorgte, die überwiegend lebhaftes Interesse erweckten. Wenn es ihm nichtsdestoweniger nicht gelungen ist, Ergebnisse zu erzielen, wie er gewünscht hätte, so ist das nicht seine Schuld. Jede soziale Arbeit bedarf einer moralischen Unterstützung; wenn es also die Mitglieder nicht selbst empfinden, daß sie an der Belebung unseres Vereins mitwirken müssen, wird der Vorstand trotz des besten Willens nichts erreichen können, vielmehr muß die Gleichgültigkeit der Mitglieder auch dem Vorstand die Lust benehmen. Es ist aber die höchste Zeit, daß in unserem Sokolverein neues Leben erweckt werde, denn die Mitgliederzahl nimmt immerzu ab, und erst die Arbeit der Gesamtheit der Mitglieder kann es so weit bringen, daß der Sokolverein neue Beliebtheit erwerben, und daß sich unter seiner Fahne ein wahres Leben der nationalen Arbeit konzentrieren wird. Dann wird es uns vielleicht besser sein . . . Gut Heil!

Theodor Kryg,
Schriftführer.

Aus Nr. 41 der Gazeta Polska (Kosten)
vom 19. Februar 1907:

Die Zusammenkunft der Delegierten des Verbands der polnischen kaufmännischen Vereine

fand gestern nachmittag im Saale des Hotels Viktoria in Kosten statt. Es waren anwesend Delegierte aus Hohensalza, Gnesen, Kosten und Krotoschin; den Vorsitz führte der Vorsitzende des Vorstandes des Verbands, Herr Ozdowski aus Posen. In der Diskussion über die Entwickelung des Verbands wurde allgemeine Klage geführt über die kaufmännische Korporation in Posen, die sich mit dem Verbande nicht vereinigen will, und ebenso über den neugegründeten Verband der kaufmännischen Jugend, welcher die einheitliche Organisation des Verbands der kaufmännischen Vereine zu zerschlagen sucht, so daß dieser Verband gegenwärtig kaum 5 Vereine zählt.

Trotzdem erklärten sich die Delegierten sowie die Gäste, welche sich an der Diskussion beteiligten, einmütig für das Fortbestehen des Verbandes, es wurde beschlossen, den Verband durch Ausbreitung der Organisation zu beleben und so den Wohlstand des polnischen Kaufmannsstandes zu heben.

Weil es in vielen unserer Städte und Städtchen nicht so viele Kaufleute gibt, daß sie sich in Vereine zusammenschließen und alsdann dem Verbande beitreten könnten, beschloß man die Satzungen des Verbands dahin zu ändern, daß auch einzelne Kaufleute dem Verbande beitreten könnten; der Vorstand wird diese Satzungsänderungen ausarbeiten und sie der nächsten Generalversammlung vorlegen.

Als weiteres nützliches Mittel zur Belebung des Verbandes erkannte man die Beteiligung an den Wahlen zur Handelskammer, den Stellennachweis für das Handelspersonal sowie **den Nachweis günstiger Ortschaften zur Etablierung selbständiger Kaufleute.** Es wurde fernerhin beschlossen, eine allgemeine kaufmännische Versammlung nach Gnesen einzuberufen, in welcher Angelegenheiten des Verbands und allgemein den polnischen Kaufmannsstand betreffende Angelegenheiten besprochen werden sollen.

Eine aus der Mitte der Versammlung gewählte Kommission bestätigte, daß die Verbandskasse einen Bestand von 319,31 M. aufweist und daß sich die Bücher in bester Ordnung befinden. Es wurde beschlossen, daß der Sitz des Verbandes die Stadt Hohensalza bleiben solle, alsdann schritt man zur Wahl des Verbandsvorstandes. Es wurden gewählt die Herren: Jakubowski-Hohensalza zum Vorsitzenden; Ozdowski-Posen zum stellvertretenden Vorsitzenden; Piechocki-Hohensalza zum Kassierer; Lipczynski-Hohensalza zum Schriftführer; Siuda-Hohensalza zum stellvertretenden Schriftführer; Gonsowski-Kosten, Stan. Piskorski-Gnesen und Antoszkiewicz-Krotoschin zu Beisitzern; Rechtsanwalt Dr. Swinarski-Hohensalza zum Syndikus.

Schließlich wurde noch beschlossen, daß das Verbandsorgan von jetzt ab der im Verlage des Herrn Arthur Gostowski-Opalenitza in Posen erscheinende Kupiec sein soll.

Aus Nr. 39 des Postęp (Posen)
vom 16. Februar 1907:

Der Strazverein in Koczanowo bei Schmiegel.

Was für schlechte Vertreter der Strazverein in seinen Mitgliedern in Koczanowo gehabt hat, davon überzeugen wir uns aus folgendem Vorkommnis. Die Wirte Andreas Szwarc, Johann Wonsik, Andreas Lorenz und Josef Ratajczak sind aus dem Strazverein ausgetreten, um der Regierung zu gefallen, der erste um Schulze, die andren, um Schöffen zu werden. Jene Wirte hatten nicht soviel Mut, dem Herrn Landrat zu sagen, daß sie preußischer Ämter wegen das Polentum nicht verleugnen würden, sondern sie treten vielmehr schleunigst aus dem polnischen Verein, damit ihnen nicht etwa dies hohe Amt entgehe. Ist das eines Polen würdig? Der Strazverein hat an solchen Mitgliedern nicht viel verloren und er kann diesen Verlust ruhig tragen, **denn gewöhnlich fliegt die Spreu vom guten Korn fort. Solche Leute bringen dem Verein nur Scham und Schande und sie verbreiten eine Pest, von der wir an sich schon zur Genüge haben.**

Achtung mithin, Ihr geschätzten Wirte aus Koczanowo! Damit diese Pest sich nicht verbreite, muß man mit solchen Leuten nicht zusammenkommen.

Ein Leser des Postemp.

Aus Nr. 36 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 13. Februar 1907:

Die Regierung und die Verwaltung unserer Erzdiözesen.

Bereits vor mehr als einer Woche schrieb die Germania, daß die Regierung, bevor sie den Schulstreik nicht gebrochen haben werde, es zur Erledigung der Frage der Besetzung des erzbischöflichen Stuhles nicht kommen lassen werde. Wir erhielten in dieser Sache auf mittelbarem Wege sehr charakteristische Informationen aus einer glaubwürdigen deutschen Quelle. Wir haben dieselben bisher nicht ausgenutzt, damit es nicht heißen solle, daß wir in der Kritik der betreffenden kirchlichen Faktoren zu rücksichtslos seien und ihnen damit die Rückkehr auf den Weg, auf welchem sie die ganze Gesamtheit zu sehen wünscht, unmöglich machten.

Die betreffende Nachricht ist indessen bereits in die Spalten der deutschen Presse geraten. Die Posener Neuesten Nachrichten teilen mit, daß die Regierung vor dem Brechen des Schulstreiks gar nicht daran denkt, sich in Sachen der Besetzung des erzbischöflichen

Stuhles zu entscheiden, um so mehr, da sie mit der gegenwärtigen provisorischen Verwaltung der Erzdiözese vollständig zufrieden sei.

Diese Mitteilung bedarf insofern eines Kommentars, als sie den Stand der Dinge vor mehr als einer Woche betrifft.

Ob der Herr Minister Studt, welcher bei Gelegenheit der Jubiläumsfeierlichkeiten des Kardinals Kopp in Breslau sich über den Bischof Likowski ein so günstiges Urteil gebildet hat, noch heute bei dieser Meinung verharrt, darüber wollen wir nicht im voraus urteilen. Jedenfalls ist es gewiß, daß die geistliche Behörde sich eines um so besseren Rufes in der Heimat erfreuen wird, je mehr sie in Berlin in Verruf geraten wird.

Aus Nr. 37 des Lech (Gnesen) vom 14. Februar 1907:

Eine Stimme aus dem Volke in Sachen des zukünftigen Erzbischofs.

Was unser Volk über die Besetzung des erzbischöflichen Stuhls in Posen mit einem Deutschen, welcher der Regierung willfährig ist, denkt, davon überzeugt uns die nachstehende von unserem einfachen Volke stammende Korrespondenz.

Fabianowa bei Dobrzyca.

Lieber Lech! Unsere Kinder streiken in der Schule. Der Lehrer Lowinski schlägt sie nicht, er geht gut mit ihnen um. Jetzt hat er sich geändert und droht den älteren Kindern, er werde sie bis zum 16. Lebensjahre in der Schule behalten. Er erzählt auch, der neue Erzbischof werde ein Deutscher sein, er werde mit der deutschen Religion und dem deutschen Gebete einverstanden sein. Doch weder die Kinder noch die Eltern wollen davon etwas wissen, der Streik dauert fort. Wir sind nicht so dumm. Wenn der Erzbischof ein Deutscher sein wird, wenn er sich der Regierung und den Lutheranern verkaufen wird, dann mag er nur selbst deutsch oder jüdisch beten, wir werden ihm nicht gehorchen. Wenn er das Deutschtum in der Kirche einführen wird, dann werden wir, wie jetzt in der Schule in der Kirche streiken, wie das die Polen in Berlin tun. Selbst ein deutscher Erzbischof wird der Regierung nichts nützen und uns nicht germanisieren, denn wir werden ihm sofort den Rücken zukehren — in die Kirche wird er die deutschen Kolonisten bitten können.

Aus Nr. 38 des Kuryer Poznański (Posen) vom 15. Februar 1907:

Non possumus.

Man schreibt uns aus Kreisen der Provinz-Geistlichkeit:

Seit einer gewissen Zeit erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß die Regierung von den Kandidaten für den erzbischöflichen Stuhl verlange, daß sie sich in der Schulsache auf ihre Seite stellen.

Die Regierung erwartet offenbar, daß die Geistlichkeit auf ein gegebenes Zeichen das Volk verlassen und es der Gnade und Ungnade des Gegners preisgeben werde. Aus den in den letzten Wochen durch die Posener geistliche Behörde gemachten Versuchen, sehen wir sogar, daß es Leute gibt, welche einen solchen Schritt für nützlich und für durchführbar halten. Demgegenüber muß man noch einmal ausdrücklich betonen und nachdrücklich hervorheben, daß die Geistlichkeit bei dem Volke stehen und ausharren will und daß sie ihren Standpunkt trotz allem nicht ändern wird. Die Geistlichkeit würde dies nicht einmal tun können.

Warum?

Es handelt sich hier um eine geistliche Angelegenheit, um einen kirchlichen Grundsatz auf dem Gebiete der religiösen Erziehung, um den Schutz des Glaubens und der Sittlichkeit ganzer zukünftiger Geschlechter. Zur Rettung dieses, vor allem der Wacht der Diener der Kirche anvertrauten Schatzes, ist keine Anstrengung zu groß. Das gewöhnliche Volk liefert alle Tage Beispiele dafür, wie es mit seinem ganzen Dasein die Grundsätze der Kirche liebt. Es ist jedenfalls nicht nötig, diese Beispiele aufzuzählen. Und sollte die Geistlichkeit schlechter sein als das Volk? Wenn es sich um das Wohl des Glaubens und der Kirche handelt, so ist es dem Priester nicht gestattet ein passiver Zuschauer zu sein. Wollte er eine solche Rolle spielen, dann wäre er, nach der Äußerung des Erlösers kein Hirte, sondern ein Mietling, welcher ..... sieht. ...

Ist es einem Priester um des Friedens mit den Protestanten willen gestattet, irgend einen Glaubensartikel zu verschweigen? Ist es ihm gestattet, die Laster des Hasses, der Trunksucht usw. nur deswegen gleichgültig mit anzusehen, um bei deren Bekämpfung den Leuten nicht lästig zu werden? Und wenn dies alles eine dogmatische oder moralische Unmöglichkeit ist, so ist es ebenfalls unmöglich, daß ein katholischer Priester gleichgültig dazu bleiben sollte, ob das Volk treu dem kirchlichen Grundsatze bleibt oder ob es ihn schändlich verrät.

Die soeben erörterte Ursache ist die wichtigste und müßte allein entscheiden. Aber sogar der Selbsterhaltungstrieb, die Rücksicht auf die Erhaltung der Autorität und der Bedeutung des Priesterstandes verlangen dasselbe von uns. Wir haben eine ehrenvollere und einflußreichere Stellung als unsere Brüder in Priesterwürden in so mancher anderen Gesamtheit. Denn man betrachtet uns als wahre geistliche Väter und Vormünder des Volkes. Wenn es sich jetzt herausstellt, daß wir durch die Drohung der Ungnade der Regierung eingeschüchtert, von der Sache unseres Volkes davonlaufen werden, dann wird angesichts der heute erwachten Kritisirsucht der Mantel der Verehrung seitens der Gesamtheit zweifellos von unseren Schultern herunterfallen.

Man wird uns anspeien wie die Popen, welche aus dem Schweiße und den Blutstropfen des Volkes nur materiellen Nutzen zu ziehen verstehen, doch sie wollen nicht seine Last und seinen Schmerz teilen.

Fürwahr, es wird das geschehen, was schon wo anders geschehen ist, daß der Geistliche kaum ein geduldetes Wesen in Kirche und Sakristei sein wird, darüber hinaus werden alle vor dem Priesterkleide ausreißen und sich mit Widerwillen von ihm abwenden.

Aus alledem folgt, daß woher auch die Signale zum Sinkenlassen der Hände kommen mögen, die Geistlichkeit von dem einmal gewählten, einzig richtigen Wege nicht abweichen kann, denn sie darf nicht abweichen. Unser Platz ist nicht auf der Seite der protestantischen Regierung, nicht zwischen der Regierung und dem Volke schwebend, sondern an der Seite des polnisch-katholischen Volkes, aus dem wir hervorgegangen sind, für welches wir Priester geworden sind und mit dem wir alle Schicksale teilen wollen, die uns Gott aufzuerlegen geruhen wird.

Aus Nr. 11 des Dziennik Poznański (Posen) vom 20. Februar 1907.

Herr v. Waldow und der Schulstreik. *)

Vom Dorfe, 16. Februar 1907.

Ich wollte meinen Augen nicht trauen, als ich im heutigen Dziennik den Passus aus der Schles. Volksztg. las, in welcher die Antwort angeführt ist, die der Herr Oberpräsident v. Waldow auf die in einer öffentlichen Versammlung an ihn gerichtete Frage, was mit dem Schulstreik geschehen werde, erteilt haben soll. Herr v. Waldow soll gesagt haben: „Meine Herren! Ihre Schuld ist es, daß der Streik besteht. Würden Sie alle Arbeiter entlassen, deren Kinder streiken, so wären wir jetzt dem Streik gegenüber nicht so ratlos!“

Man fühlt sich geneigt, anzunehmen, daß die Schl. Volksztg. das Opfer einer Mystifikation geworden sei. Es ist nämlich fast nicht zu glauben, daß der Herr Oberpräsident sich so ausgedrückt haben soll. Zunächst würde ein solcher Ausspruch der Logik zuwiderlaufen. Selbst wenn nämlich alle deutschen Großgrundbesitzer sämtliche polnischen Arbeiter entlassen sollten, würde der Streik doch nicht aufhören; denn es streiken nicht nur die Kinder von Arbeitern, die in deutschen Diensten stehen; und übrigens würde der aus deutschen Diensten entlassene polnische Arbeiter umsoweniger die Notwendigkeit fühlen, die Kinder zum Religionsunterricht und zum Beten in deutscher Sprache zu zwingen. Der Rat des Herrn Oberpräsidenten würde mithin aus diesem Grunde eine gradezu gegenteilige Folge haben. Aber weiter, — kann man annehmen und glauben, daß das Oberhaupt der Provinz, dem die Hut über alle Bürger der Provinz übertragen wurde und dessen Gehalt aus den Taschen aller Bürger fließt, auf diese Weise zum Boykott des polnischen Arbeiters und zu dessen Auspowerung angeregt haben soll? Das ist unmöglich! Das müßte festgestellt werden; denn wenn das wahr wäre, dann müßte man die Gefahr des dem polnischen Arbeiter drohenden Boykotts diesem Arbeiter zum Bewußtsein bringen, damit er sich auf sie bei Zeiten vorbereiten könnte.

Und was würde geschehen, wenn dieser Arbeiter auf den Boykott mit einem Boykott antworten würde, wovor der Dziennik bereits in einer seiner vorhergehenden Nummern gewarnt hat? Es wäre das nicht mehr die Schuld des polnischen Arbeiters, sondern die Schuld derjenigen, welche dies Gespenst des Boykotts zuerst hervorgerufen haben. Dann würde nicht der Lärm der hakatistischen Schreiberseelen über das Hetzen durch die Geistlichen, durch die Presse, durch die großpolnische Agitation helfen, — es würde zur Verwischung der eigenen Schuld nicht das Schimpfen auf die polnischen Hetzkapläne, die polnische Hetzpresse usw. helfen.

Nein, Ihr Herren Hakatisten, schlagt Euch an die Brust und gebt zu, daß nicht wir Hetze anfangen und betreiben, sondern daß Ihr dies tut, und wenn die Nation ihre Heiligtümer verteidigt, so wollt Ihr sie noch auspowern, zugrunde richten und zur Zugabe mit Kot bewerfen. An Euch müßte sich die Regierung vor allem herannachen, wenn sie Ruhe in der Provinz haben will.

B.

*) Der Dziennik Poznański hat die nachfolgend gebrachten Mitteilungen auf Grund des § 11 des Preßgesetzes als unwahr berichtigen müssen.

(Red. des Ges.-Überbl.)

Aus Nr. 42 des Dziennik Poznański (Posen) vom 20. Februar 1907:

In Sachen der Entfernung von Schülern aus den preußischen höheren Lehranstalten

erhalten wir nachstehendes:

Da ich so oft in verschiedenen Zeitungen lese, daß unsere Jugend aus den preußischen Gymnasien einzig deswegen entfernt wird, weil jüngere Geschwister während des deutschen Religionsunterrichts nicht antworten und Gott in einer fremden Sprache nicht preisen wollen, gebe ich den Eltern, deren Söhne entfernt wurden, bekannt, daß wir Polen auch unser eigenes polnisches Gymnasium besitzen, und zwar in Teschen, in Österreich-Schlesien. Gern nimmt man dort junge Leute aus Preußen, und vor allem aus dem Großherzogtum Posen an. Es gibt dort Schüler sogar aus dem russischen Anteil und auch aus Preußisch-Schlesien, aber aus dem Großherzogtum Posen ist nur einer da, und zwar schon das fünfte Jahr. Die Eltern sind sehr stolz auf ihren Sohn, der vorzügliche Fortschritte in allen Gegenständen macht, da er stets das Prädikat „vorzüglich“ erhält, — ebenso auf die dortigen polnischen Lehrer.

Ich rate mithin allen Eltern, deren Söhne obiger Schlag getroffen hat, sich, sofern ihnen die Mittel dies gestatten, an das polnische Gymnasium in Teschen zu wenden, und ich zweifle nicht daran, daß man ihre Söhne dort mit offenem Herzen aufnehmen wird.

Eine Pension kann man in Teschen schon von 30 Mk. oder 36 Kronen an erhalten. Teschen ist eine schöne Stadt, auf einem Hügel gelegen, mit gesundem Klima und schöner Aussicht.

Ich bitte alle Zeitungen, obige Mitteilung wiederzugeben.

Ein Wohlwollender.

Aus Nr. 40 des Dziennik Poznański (Posen) vom 17. Februar 1907:

Einige Bemerkungen aus Anlaß des Schulstreiks.

Da der Schulkampf in größerem Umfang schon einige Monate dauert und in manchen Ortschaften schwächer zu werden beginnt, worüber die hakatistischen Zeitungen triumphieren, verlohnt es sich, über diese Art und Weise des Kampfes nachzudenken. Bekanntlich strafen die preußischen Gerichte für jede Anregung zum Schulstreik empfindlich. Darum können wir nichts sagen, was das Gericht als Anregung der Kinder bezw. der Eltern zum Streik deuten könnte. Übrigens brauchten wir darüber auch nicht zu sprechen, — überlassen wir das den Eltern! Hier beschränken wir uns nur auf allgemeine Bemerkungen.

Im allgemeinen sollten die Eltern ihre Rechte auf das energischte auf legalem Wege verteidigen, mithin dabei nach Möglichkeit gerichtliche und polizeiliche Strafen meiden. Manchmal setzen sie sich vielleicht auch unnötig empfindlichen Strafen aus, die sie dann zum legalen Kampfe unlustig machen. Nicht nur die, welche selbst zu Strafen verurteilt sind, aber auch viele andere, die davon erfahren, fürchten sich in der weiteren Folge auch sogar vor einem solchen legalen Kampfe, durch den sie Strafen nicht ausgesetzt werden können.

Vor allem bedarf es im Kampfe viel Überlegung und kalten Bluts, mithin darf man sich durch Hitzigkeit nicht zu tätlichen Angriffen, auch nicht zu Beschimpfungen hinreißen lassen, welche der Sache nichts helfen, höchstens ihr schaden.

Wir können hier nicht alles im einzelnen beleuchten, wir bieten nur manche Beispiele, aus denen die weiteren Schlüsse zu ziehen sind. In den Zeitungen kann man nicht von allem schreiben, aber klügere Leute, welche aus den gebotenen Fingerzeigen weitere entnehmen können, sollten die anderen belehren.

Manche Eltern setzen sich z. B. unnötig Strafen wegen Schulversäumnis der Kinder aus. Oft kommt es vor, daß die Kinder krank sind, sei es, daß sie an Kopfschmerz oder an Magenbeschwerden oder an anderem Unwohlsein leiden und aus diesem Grunde daheim bleiben, statt zur Schule zu gehen. Aber die Eltern sollten davon dem Lehrer Mitteilung machen, daß das Kind krank ist, denn so erfordert es die Schulordnung. Indes teilen sie dies manchmal aus Saumseligkeit oder wegen Zeitmangels — obgleich sich hierfür Zeit finden sollte — dem Lehrer nicht mit, und dann zahlen sie unnötigerweise Strafe.

Vor zwanzig und einigen Jahren nahm ein Lehrer in einem gewissen Dorfe, wenn er am Schluß eines jeden Monats die von den Kindern versäumten Tage aufschrieb, oft wahr, daß er viele Eltern, und zwar seine persönlichen Freunde, zur Bestrafung notieren mußte, was er nicht tun wollte. Um sich jedoch vor dem Vorwurf der Pflichtversäumnis zu schützen, sandte er seinen Knecht zu diesen Eltern und ließ ihnen sagen, daß Schulstrafe eintreten werde. Die Eltern wußten schon, um was es sich handle, und ein Wirt nach dem anderen ging zum Lehrer, um ihm offiziell zu erklären, daß das Kind in diesem Monat krank gewesen sei. Der Lehrer konnte daher gewissenhaft eintragen, man habe ihm von der Krankheit des Kindes Mitteilung gemacht. Aber jetzt gelten in dieser Hinsicht schärfere Vorschriften. Nicht erst am Schluß des Monats, sondern sofort haben die Eltern von der Krankheit des Kindes Anzeige zu erstatten.

Wenn ein Kind nach dem gewöhnlichen Schulunterricht noch einige Stunden Arrest absitzt, wie leicht kann es sich da verschiedenen körperlichen Beschwerden, Kopfschmerz infolge Erschöpfung, im Herbst, Winter und zu Beginn des Frühjahrs Erkältungen aussetzen. Und vielleicht senden die Eltern manchmal aus Furcht vor Bestrafung das kranke Kind in den Arrest, statt dem Lehrer von der Krankheit des Kindes Mitteilung zu machen. Und es kommt nicht selten vor, daß die Mütter nicht gesunde Kinder zur Schule schicken. Viele Eltern kennen ihre Rechte zu wenig und sie machen zu wenig von ihnen Gebrauch. In dieser Hinsicht muß man durchaus einfache Leute belehren und ihnen die Schulvorschriften erläutern.

Andererseits ein Beispiel, in welcher Weise die Eltern ihre Rechte wahrnehmen. In einem gewissen Dorfe notierten sich die Eltern, von jemandem belehrt, jeden Tag auf, wann das Kind die Schule versäumt hatte und aus welchem Grunde, um auf diese Weise die einschlägigen Eintragungen des Lehrers zu kontrollieren. Da, wo der Lehrer infolge von allzu großem, manchmal sogar von hohen amtlichen Personen gerügten Eifer den Eltern allzusehr zusetzt, können auch die Eltern auf verschiedene Art den Lehrer kontrollieren und ihr Recht suchen.

Es besteht auch die Vorschrift, daß der Lehrer ein Kind nicht während der Lektion, sondern erst nach deren Schluß züchtigen soll. Bestimmt kommt es manchmal vor, daß der Lehrer in der Gereiztheit während der Stunde zum Stocke greift. Die Eltern können das untersuchen und an maßgebender Stelle wegen Beobachtung der Schulvorschriften vorstellig werden.

Der Widerstand gegen den deutschen Religionsunterricht aber kann unter den gegebenen Umständen von der Art sein, daß das Kind das deutsche Gebet einzig deshalb nicht hersprechen wird, weil es diese Worte nicht versteht und sie unwissentlich in lästernder Weise verdreht. Dann erwächst die Frage, ob der Lehrer das Recht hat, das Kind mit Arrest zu belegen, und ob die Behörde das Recht hat, die Eltern dafür zu strafen, daß sie dem Kinde verbieten, ein solches Gebet herzusprechen. Das Gericht wird wahrscheinlich einen Redakteur nicht strafen, welcher das Kind dazu anregt, in der Schule auf das nicht zu antworten, was es in der Tat nicht versteht. Es verlohnte sich, eine derartige Tatsache vor Gericht festzustellen.

Daß Gericht straft manche Redakteure dafür, daß sie zum Widerstande gegen den deutschen Religionsunterricht aus Prinzip anregen, daß sie den deutschen Religionsunterricht für die polnischen Kinder verdammen, selbst wenn er relativ verständlich wäre. Unter den gegebenen Verhältnissen können die Eltern, obwohl sie den gleichen Grundsatz anerkennen, die Kinder belehren, in der Schule Aufklärung alles dessen zu verlangen, was sie nicht verstehen. Ein solcher Standpunkt muß selbst von den preußischen Behörden als legal anerkannt werden.

Aus Nr. 38 des Dziennik Poznański (Posen) vom 15. Februar 1907:

Ein oder zwei Streiks.

Warnung.

Mit jedem Tage wird offenbar die Lage der bei uns streitenden Seiten schwieriger; denn es beginnen bei uns immer mehr Leute um Rat zu fragen, was anzufangen sei, um aus dieser Lage herauszukommen.

Wir antworten stets darauf, daß man, je schwieriger die Lage werde, um so fester an dem von der Volksgesamtheit angenommenen Grundsatz festhalten müsse; denn wenn man einmal von ihm abweicht, verliert man den Boden und ergibt sich auf Gnade und Ungnade. Aber vielleicht müßte man eine Diskussion eröffnen und verschiedene Meinungen hören, aus denen man das Fazit der Vorteile und der Verluste zu ziehen hätte?

Eben auch danach fragt man bei uns.

Wir greifen stets gern zu diesem Mittel. Der Haufen ist ein großer Mann, und er hat mehr Verstand als parteiisch gesinnte Individuen. Er leitet stets am besten. Doch hat er auch nicht zum Scherz Bauernverstand: Er weiß, wann anzufangen ist, er weiß auch vielleicht am besten, wann aufzuhören ist.

Aber in diesem Falle nützen der Rat der Allgemeinheit und selbst die höchste Diskussion ebenfalls nichts, da man uns nicht gestattet, sie durchzuführen. Wir sehen, welchen Verfolgungen unsere Presse ausgesetzt ist, welche den Willen und Wunsch der Volksgesamtheit kundgibt. Inmitten eines solchen Terrorismus ist es unmöglich, mit Nutzen selbst für die gesundeste Vernunft zu diskutieren.

Es gilt also an dem Grundsatz festzuhalten — und damit Schluß. Ersichtlich hat man sich noch nicht genug davon überzeugt, daß der gegenwärtige Konflikt in der Seele des Volkes begründet ist, und es bedarf noch neuer Beweise dafür, daß hier niemand künstlich handelt; denn künstliches Handeln wäre schon lange an den so zahlreichen und mächtigen Schwierigkeiten zerschellt. Indes führt die Opposition, wenngleich sie vielen lästig ist, niemanden zu dem entschiedenen Entschluß, die Errungenschaften preiszugeben, die man mit solcher Mühe mit der Energie des Geistes aufgespeichert hat.

Von allen Seiten her ist aber zu hören, daß heute gerade das Volk, welches gestoßen worden sein soll,

über die Situation eine solche Herrschaft erlangt habe, daß bei ihm derjenige alles Vertrauen verlöre, der es wagen sollte, es auf dem halben Wege im Stich zu lassen.

Nachdem unser Volk eine solche schwere Aufgabe einmal auf sich genommen hat, will es durchaus recht haben, und sei es auch um den Preis der größten Opfer, vor denen es „nicht zurückschrecken" wird.

Vielleicht spekulieren seine Gegner mit Recht darauf, daß ein Teil dennoch zurückschrecken wird, aber nur ein Teil; ein Teil aber wird sich an den Grundsatz halten und immer wieder zu ihm, wie ausgeruht, zurückkehren.

Und schließlich droht die Gefahr, daß ein Streik den anderen hervorrufen wird, aber einen viel gefährlicheren, einen landwirtschaftlichen Streik, welcher ebenso empfindlich für die Hakatisten sein kann, wie für uns. Man spricht namentlich in Kujawien darüber.

Es sollen angeblich die Sozialisten, welche schon seit sehr lange Beziehungen dort unterhalten, anfangen sich um die Sache zu kümmern.

Sie spekulieren so: entweder wird die Geistlichkeit das Volk verlassen, oder die Regierung wird es durch Verfolgungen zur Verzweiflung treiben. In beiden Fällen werden die Sozialisten das Erbe antreten.

Eine derartige Gefahr droht uns, und doch könnte die Regierung auf einen Schlag alles durch Gerechtigkeit beseitigen.

Bange machen gilt nicht, werden die Herren Hakatisten sagen. Es mag sein; aber wer würde vor einem Jahre gesagt haben, daß ein Schulstreik möglich sei? Und trotzdem haben ihn die Verfolgungen hervorgerufen. Warum sollte dann nicht ein zweiter, ein in der Ausführung bedeutend leichterer Streik erscheinen?

Wir bitten, sich das zu überlegen und dementsprechend zu handeln.

Aus Nr. 32 der Gazeta Polska (Kosten) vom 8. Februar 1907:

Schrimm, den 5. Februar 1907.

In Schrimm ist der Schulstreik wie eine starke eiserne Kette, deren Glieder die polnischen Kinder sind. **Die kleineren Kinder freuen sich sehr, daß sie von Ostern ab ebenfalls würden mit ihren älteren Brüdern und Schwestern zum Arrest gehen können.**

Ich bin auch sehr neugierig, ob die deutschen Kinder ebenso gerne Strafe erleiden würden. Ich bin überzeugt, daß die Kinder des Herrn von Bülow oder von Studt sicherlich aus dem Arreste fortlaufen würden.

Der Magistrat zieht bereits die Zusatzsteuern ein; das schadet nichts, wir werden zahlen, denn unsere Väter haben noch etwas mehr als Geld für die nationale Idee hergegeben. Von selbst kommt nichts, **Opfer müssen durchaus gebracht werden.**

Ich bin neugierig, wie es wohl in anderen Städten um den Streik bestellt ist, insbesondere in den Dörfern. In dem nahegelegenen Gaj, $^1/_2$ Meile von Schrimm, taten sich der Ortsschulze Herr Piasecki und das Schulvorstandsmitglied Herr Bzdenga fürchten, daß man ihnen diese großen Ämter nehmen könnte, **ihre Kinder antworten daher deutsch in der Religion;** so hat man mich unterrichtet, was ich garnicht glauben kann, weil wir diese Wirte hier in Schrimm als brave Katholiken und Polen kennen.

Mögen nur alle Eltern um eine gute Erziehung ihrer Kinder besorgt sein, mögen sie vor allem selbst ein musterhaftes Leben führen, dann werden in der gegenwärtigen Zeit unsere Kinder zu wahren Japanern aufwachsen — was Gott geben wolle!

(Von der Redaktion: Wenn der geehrte Korrespondent die Japaner als Muster der nationalen Aufklärung hinstellt, so hat er vollständig recht.)

Aus Nr. 36 des Dziennik Poznański (Posen) vom 13. Februar 1907:

Die Opfer des Schulstreiks.

Amtlich wird mitgeteilt, daß infolge des Schulstreiks bisher im Großherzogtum Posen und in Westpreußen 12 Geistliche auf Grund des Kanzelparagraphen zu 11 Monaten Gefängnis und 6 Wochen Festung verurteilt worden sind. Auf Grund des § 110 (Aufreizung zum Widerstand gegen die Behörden) wurden bisher 2 Geistliche und 10 Redakteure polnischer Blätter zu Geldstrafen in Höhe von 7080 Mark und 5 Redakteure und zwei andere Personen zu 23 Monaten und 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Deutschtum, das ist — Kultur, das ist — Freiheit!

Demgegenüber könnte man sich wirklich nicht wundern, wenn sich die durch deutsche Blätter eilfertig verkündigte Nachricht für wahr erweisen sollte, daß sich der Streik langsam verringere und namentlich in Westpreußen, wo nur noch 7719 Kinder streiken sollen.

Wäre der Schulstreik ein künstlich erzeugter, wie die Hakatisten behaupten, er würde gewiß bis jetzt nicht ausgehalten haben, insbesondere auch, weil die armen polnischen, schlecht genährten und spärlich bekleideten Kinder im diesjährigen schweren Winter, oftmals eine Meile weit zu jenen „Ergänzungsstunden" oder Arresten dafür laufen müssen, daß sie Religion in der Muttersprache lernen und in der Muttersprache beten wollen. Die Ausdauer der Kinder und der Eltern ist also das beste Zeugnis dafür, daß der Streik kein Werk einer künstlichen Agitation ist.

Aus Nr. 39 des Dziennik Poznański (Posen) vom 16. Februar 1907:

In Sachen der Strafmandate wegen des Schulstreiks

teilt man uns infolge unseres vorgestrigen Artikels von juristischer Seite her mit, daß das Beschwerde-Schema in Westpreußen bereits für den Gebrauch gedruckt worden ist, da nur die westpreußischen Regierungen derartige Mandate erlassen haben.

Der Weg des Verwaltungsstreitverfahrens ist in diesem Falle ausgeschlossen (cfr. Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 21. 12. 1897 und die dort zitierten Urteile).

Jedenfalls ist es fast unmöglich, daß der Minister diese Mandate für gesetzlich anerkennen sollte, da sie dem Rechtsgrundsatz zuwiderlaufen, daß man eine Exekutivstrafe nur einer solchen Person auferlegen kann, von deren Willen das Resultat, welches die Behörden erreichen wollen, abhängt. Hier entscheidet nicht mehr der Wille des Vaters, sondern der Wille des Kindes. Der Vater kann das Kind mit Gewalt nach der Schule führen, aber er kann es nicht zwingen, auf deutsche Fragen im Religionsunterricht zu antworten.

Mit demselben Recht könnte die Regierung irgend jemandem eine Strafe z. B. dafür auferlegen, wenn er es nicht bewerkstelligt, daß es morgen regnet.

Wenn der Minister nicht jene Mandate aufhebt, so würde man auf dem Wege des Zivilprozesses den preußischen Fiskus wegen Zurückerstattung der eingezogenen Strafen verklagen müssen mit der Begründung,

daß die Behörden bei der Einziehung der Strafen ihre Kompetenz überschritten haben. Offenbar wird die Regierung in diesem Falle erklären, daß die Zivilgerichte nicht kompetent sind, worauf „der Gerichtshof für Kompetenzkonflikte“ entscheiden wird, ob die Regierung ihre Kompetenz überschritten hat oder nicht.

In dieser Sache erhalten wir folgende **Mitteilung der juristisch-politischen Sektion der Straz.**

In letzter Zeit versenden die Regierungen in Danzig und Marienwerder an die Familienväter, deren Kinder nicht deutsch Religion lernen wollen, Aufforderungen, innerhalb 3 Tagen dafür zu sorgen, daß ihre Kinder der Schulbehörde gehorchten, widrigenfalls die Regierung eine Strafe von 30 Mark androhe, und für später höhere Strafen, welche bis 300 Mk. steigen können. Das einzige Mittel ist die Beschwerde an den Minister durch die Regierung. Eine Klage im Verwaltungsstreitverfahren ist hier vollständig ausgeschlossen, wie dies die höchste Instanz, das Ober-Verwaltungsgericht in Berlin, in ähnlichen Fällen bereits mehrere Male entschieden hat. Die Beschwerde müßte wie folgt lauten:

„Gegen die Verfügung vom 31. Januar 1907 lege ich die Beschwerde ein.

Es kann dahingestellt bleiben, ob die §§ 11 und 18 der Instruktion vom 23. Oktober 1817 und der § 48 der Verordnung vom 26. Dezember 1808 überhaupt noch rechtswirksam sind.

Jedenfalls enthalten diese Bestimmungen keine Rechtfertigung der angefochtenen Verfügung. Denn der § 18 cit. enthält in Bezug auf den vorliegenden Fall nichts weiter als die Bestimmungen

„Der Kirchen- und Schulkommission gebührt .....die Aufsicht und Verwaltung des gesamten Elementarschulwesens.

In allen diesen Angelegenheiten kommt es auf Verschiedenheit der Religion nicht an. Sie wird indessen bei Ausübung ihrer Kompetenz den Einfluß stets gehörig berücksichtigen, welcher in römisch-katholischen Kirchen- und Schulsachen dem Bischofe gesetz- und verfassungsmäßig zusteht“.

Wenn diese Bestimmungen verletzt sind, so ist dies nur durch die Königliche Regierung geschehen, welche notorisch gegen den Widerspruch der Bischöfe unter Verletzung des Art. 24 der preuß. Verfassungsurkunde die fremde Sprache im Religionsunterricht eingeführt hat.

Ich selbst habe niemals bestritten, daß der Königlichen Regierung die Aufsicht und die Verwaltung der Elementarschule zusteht.

Die Androhung einer Exekutivstrafe ist aber im vorliegenden Falle überhaupt unzulässig. Wesentlich für eine Exekutivstrafe ist deren Zweck, Jemanden zu zwingen:

a) entweder eine Handlung, die diesem gesetzlich obliegt, vorzunehmen,
b) oder eine Handlung, die verboten ist, in Zukunft zu unterlassen.

Wenn nun die Königl. Regierung verlangt, daß ich binnen 3 Tagen dafür sorge, daß meine Kinder den Anordnungen der Schulbehörde wieder Folge leisten, so läßt sie unklar, worin meine Handlung oder meine Unterlassung bestehen soll.

Selbstverständlich müßte mir doch auch die Möglichkeit gegeben werden, durch die eigene Tätigkeit die Exekutivstrafe abzuwenden. Hier aber soll mein eigenes Verhalten zur Abwendung der Exekutivstrafe nicht genügen, vielmehr wird mir noch die Haftung für den Erfolg, der von dem Willen eines Dritten abhängt, zugemutet.

Insoweit meine Handlungen aus der Vergangenheit in Frage kommen, kann überhaupt von keiner Exekutivmaßregel die Rede sein, sondern es handelt sich dann um eine wirkliche Strafe, gegen deren Festsetzung im Sinne des § 453 St. P. O. die ordentlichen Gerichte angerufen werden können.

Dies hat der Gerichtshof für Kompetenzkonflikte in dem Urteil vom 14. März 1863/JM Blatt S 126/in Bezug auf die analogen Schulversäumnisstrafen ausausdrücklich anerkannt.

Von Interesse für den vorliegenden Fall ist auch folgende Ausführung dieses Urteils:

> „Wenn aber endlich die Regierung die Inkompetenz des Gerichts auch auf die Schuldisziplin, welche die Ortsbehörde vorzunehmen hat, gründen will, so erweist sich dies als unhaltbar, da von dem Angeklagten mit Recht entgegnet ist, daß der Schuldisziplin die Schüler, nicht aber deren Eltern unterworfen sind.“

Demnach wird die Beschwerde darauf gestützt, daß der Königlichen Regierung jede Befugnis fehlt, zur Erzwingung eines von mir unabhängigen Erfolges eine Exekutivstrafe gegen mich festzusetzen.

Sollte diese Beschwerde keinen Erfolg haben, so werde ich gegen eine etwaige Einziehung der Strafe den Rechtsweg bei den Zivilgerichten beschreiten.

An
die Königliche Regierung
Abteilung für Kirchen- u. Schulwesen
in .....

Obiges Formular haben wir in deutscher Sprache wiedergegeben, da nur in dieser die Einbringung der Beschwerde möglich ist.

Aus Nr. 39 des Postęp (Posen)
vom 16. Februar 1907.

Kurnik. Einer der hiesigen Lehrer fragte dieser Tage die Kinder, welche von ihnen ältere Brüder in höheren Schulen hätten. Jedes Kind befragte der Lehrer besonders, wo die Brüder seien, in welchen Schulen usw. Das betrifft die Kinder, welche im deutschen Religionsunterricht nicht antworten, um sodann ihre Brüder mit Entfernung aus den höheren Schulen zu strafen. Dieser Lehrer ist ein ungeheurer preußischer Patriot, obgleich er eine Polin zur Frau hat und die Mutter der Frau gar nicht deutsch kann. Er konnte auch gut polnisch; erst seit der Zeit der Regierungszulagen, ist er im Polnischen stumm geworden. Zu Hause darf um Gotteswillen polnisch nicht gesprochen werden. Die beiden älteren Töchter sollen zur ersten Beichte und Kommunion gehen, er sandte sie daher in rein deutsche Gegenden, damit sie nicht etwa in Kurnik bei dem polnischen Geistlichen sich polonisierten. Durch dies Ausfragen sind manche Eltern überaus beunruhigt. Am besten ist es, daß die Kinder auf solche Fragen nicht antworten.

Aus Nr. 42 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 20. Januar 1907:

Der Lehrerstreik?

Aus der Provinz, 18. Februar.

Der Dziennik Poznanski hat mit Recht hervorgehoben, daß dem Schulstreik ein landwirtschaftlicher Streik folgen wird. Sowohl die polnischen wie die deutschen Landwirte werden darunter zu leiden haben, aber die letzteren mehr. Vielleicht ist den deutschen bei uns ansässigen und mit den hiesigen Verhältnissen vertrauten Agrariern nicht viel Schuld an den letzten Ereignissen zuzuschreiben, und dennoch erwarten sie

schwere Zeiten. Man muß unter dem Volke sein und man kann sich leicht davon überzeugen. Herr Waldow konnte (wenn das, was die deutschen Zeitungen schreiben, wahr ist) leicht zu den Herren Agrariern sagen: „Entfernt die polnischen Arbeiter, und ihr werdet euch über den Schulstreik nicht beklagen". Nach meiner Meinung wird ein Mensch, der die Verhältnisse nüchtern betrachtet, mit den Achseln zucken.

Die Kinder sollen über das 14. Jahr hinaus zur Schule gehen, sie sollen alle Augenblicke zu den sogenannten „Ergänzungsstunden" erscheinen, und diese Kinder sind ebenso den polnischen wie den deutschen Agrariern zur Feldarbeit nötig.

Man hört bereits, wie die Leute über ihre Absichten sprechen, die in die Tat umgesetzt werden sollen, wenn namentlich die deutschen Agrarier, für welche sie arbeiten, die Hand zu weiteren Verfolgungen bieten, oder wenn sie das Volk nicht schützen werden.

Man spricht aber noch von einem anderen Streik. Und dieser Streik ist — der Lehrerstreik. Der Ärger sowohl der polnischen, als auch der deutschen Lehrer glimmt noch. Die eingeschüchterten polnischen Lehrer haben nicht den Mut, irgend jemandem gegenüber ihre Meinung auszusprechen.

Dafür öffnet sich jedoch den Deutschen der Mund. Direkt im Widerspruch zu den Grundsätzen der Pädagogik zu lehren, mit welcher sie in den Seminaren bekannt geworden sind, zu unterrichten mit Hilfe der schwierigsten Methode — und zwar das ganze Leben lang —, und dazu aus dem Munde der Vorgesetzten immer wieder zu hören: „Sie müssen weiter kommen mit Ihrer Schule", und doch können sie dies bei dieser komischen Methode nicht sich so das ganze Leben hindurch zu quälen — nicht imstande zu sein, mit den Vorgesetzten offen sich auszusprechen — und so das ganze Leben hindurch den Mund verschlossen zu halten, — es mit anzusehen, wie Lehrer von schlechtem Charakter und Lebenswandel bei ihrem sogenannten „Strebertum" Unterstützungen und Zulagen erhalten, während mitunter ein musterhafter, eifriger Lehrer, der sich nicht nur der nach außen glänzenden Arbeit, sondern einer vernünftigen und gewissenhaften Arbeit widmet, kaum eines freundlichen Wortes gewürdigt wird — und so das ganze Leben darauf zu schauen, — gegen seine bessere Gesinnung angeregt zu sein, gegen das Volk zu gehen, gegen die Geistlichkeit, zu spionieren usw., und so das ganze Leben gebunden zu sein! — Kann dies ein Menschengeist lange ertragen? Nein — der Lehrerstand wird einst seine Freiheit verlangen! Aus Furcht vor Denunziation wird keiner von den Lehrern seine Meinung aussprechen. Aber es gibt auch Leute, denen gegenüber die Lehrer ihre Meinung und ihre Klagen nicht verbergen. Diese können schon heute vorhersagen, daß — falls sich die Verhältnisse nicht ändern — ein Lehrerstreik ausbrechen wird, und zwar vor allem ein Streik der deutschen Lehrer; denn diese haben mehr Mut, was schließlich verständlich ist.

Der Geist läßt sich für längere Zeit nicht unterjochen.

Aus Nr. 40 des Lech (Gnesen) vom 17. Februar 1907:

Aufruf an das polnische Volk, auf daß es angesichts der neuesten Verordnungen der preußischen Behörden das polnische Land verteidige.

Wir erhalten nachstehendes Schreiben:

Geliebtes polnisches Volk!

Als die preußische Regierung ihre germanisatorische Arbeit gegen dich, liebes polnisches Volk, richtete und diese Germanisierung mit der Erteilung des deutschen Religionsunterrichts in der Schule begann, trat zu deiner Verteidigung, zur Verteidigung der Freiheit deines Gewissens die ganze polnische Gesamtheit in Einmütigkeit auf. Es trat zu deiner Verteidigung die Geistlichkeit mit dem verstorbenen Erzbischofe an der Spitze auf, ohne Sorge um die Gefängnisstrafe, auch das landbesitzende Bürgertum trat als Beschützer seines arbeitenden Volkes auf.

Heute, da die preußische Regierung sieht, daß deine Standhaftigkeit, liebes polnisches Volk, in der Verteidigung der Religion nicht nachläßt, da sie deine elementare Kraft, welche durch den tiefen Schmerz um die Sorge für die Zukunft deiner Kinder hervorgerufen worden ist, nicht anerkennen will, greift sie zu neuen Mitteln, um deinen Willen zu brechen, und so suchte sie dich zunächst durch zahlreiche Geldstrafen, Gefängnisstrafen und durch andere Härten heim, dann griff sie die Geistlichen an, von denen eine ganze Anzahl in Prozesse verwickelt ist, einige von ihnen sind sogar schon mit Gefängnis bestraft. Im letzten Augenblicke aber erfahren wir, daß sich **die Regierung gegen die polnischen Grundbesitzer und Grundpächter gewandt habe.** In der vorigen Woche erklärte Herr Bülow, der Landrat des Kreises Schubin, den Herren v. Malczewski aus Mlodocin, Ponikiewski aus Chraplewo und Jaraczewski aus Sobiejuch, die zum Anbau der Zuckerrüben eine größere Anzahl von Leuten benötigen und gezwungen sind, wie das in allen besser bewirtschafteten Gütern der Fall ist, in Anbetracht unseres Auswanderertums ausländische Arbeiter anzunehmen, daß er ihnen die Erlaubnis zur Annahme dieser Arbeiter so lange nicht erteilen würde, so lange sie dich, liebes polnisches Volk, nicht zwingen würden, daß du dich mit dem deutschen Religionsunterricht einverstanden erklärst.

Herr Landrat Buelow erlaubte sich, man weiß nicht, ob deswegen, um in den Kreisen der Bürgerschaft Verwirrung hervorzurufen, sich in Gegenwart dieser beiden Herren auf Herrn von Brzeski aus Krotoszyn zu berufen, indem er sagte, Herr von Brzeski habe seinen Leuten anbefohlen, den Widerstand im Religionsunterrichte aufzugeben. Herr v. Brzeski verabsäumte es aber, nachdem er davon erfahren hatte, nicht, den Herrn Landrat durch eingeschriebenen Brief zum Widerrufen aufzufordern, indem er bemerkte, daß es sich mit seiner Auffassung über die Ehre nicht vereinbaren ließe, wenn er auf die Freiheit deines Gewissens, liebes polnisches Volk, einen Druck ausüben sollte.

Abgesehen von dem Auftreten des Landrats Herrn v. Bülow, welches augenscheinlich den Zweck hat, Verwirrung unter der Gesamtheit hervorzurufen, die Eintracht und das Vertrauen durch die Verbreitung von Behauptungen, die mit der Wahrheit nicht in Einklang zu bringen sind und die die Egre unseres Bürgertums schmälern, unter uns zu untergraben, ersehen wir aus diesem ganzen Vorkommnis, daß es der preußischen Regierung nicht allein darum zu tun ist, deine Kinder durch alle möglichen Mittel zum Lernen der deutschen Religion zu veranlassen, sondern darum, die Existenz der polnischen Grundbesitzer auf unserer polnischen Erde zu untergraben, sie des Arbeiters zu berauben, und die Reste dieser geliebten Erde in den Rachen der Kolonisation zu werfen.

Wie wir alle, die Geistlichkeit und die Bürger und das polnische Volk Schulter an Schulter bei der Verteidigung unserer geistigen Güter gestanden, wie wir in den letzten Kämpfen um den Religionsunterricht bei Dir gestanden haben, so tritt auch Du, polnischer Arbeiter, jetzt in Verteidigung Deiner heiligen Erde auf und unterstütze mit Deiner Hände Arbeit Deine Beschützer und nicht die Gegner.

Wenigstens in diesem schweren Augenblicke des gegenwärtigen Jahres entschließe Dich, polnischer Arbeiter, mit Deiner Arbeit auf polnischem Acker das Vaterland zu verteidigen, und lasse Dich nicht verlocken, nach dem Westen auszuwandern, was in dem gegenwärtigen Augenblicke den Bankrott vieler großer polnischer Besitzungen herbeiführen würde. Da man nun den Polen auch auf diesem Gebiet den Boykott angekündigt hat, so halte Dich, polnisches Volk, an unsere Losung: „Jeder zu dem Seinen!" Wenn irgend wann, dann ruft das Vaterland gerade heute zu Dir und strecket zu Dir, polnisches Volk, seine Hände aus, daß Du sein Land retten mögest, so lange es noch Zeit ist. Unsere Zukunft liegt in Gottes Hand, doch verteidigen wir uns, damit der Fluch der späteren Geschlechter nicht deshalb auf uns falle, daß wir nicht gemeinsam die mit dem Schweiße und Blute unserer Väter und unseres polnischen Volkes getränkte Erde gerettet haben.

Möge Gott unserer gemeinsamen Verteidigung seinen Segen geben!

Das Wahlkomitee für den Kreis Schubin.

Aus Nr. 37 des Kuryer Poznański (Posen) vom 14. Februar 1907.

Herr Professor Dr. Tabulski

schreibt uns:

Posen, den 12. Februar 1907.

Geehrte Redaktion!

Die zu meiner Berichtigung seitens der Redaktion gemachten Bemerkungen veranlassen mich zu folgender Antwort, um deren Veröffentlichung in Ihrem Blatte ich höflich bitte.

Das Urteil darüber, ob ein pensionierter Beamter, der seine Pension aus der Staatskasse erhält, zu jeder Zeit stimmen kann und stimmen darf, muß man nach meiner Ansicht dem Gewissen des Beamten selber überlassen. Der scharfe Ton, in welchem ich angeblich den Vertrauensmann ansprach, war jedenfalls nur die Folge meines gerechtfertigten Bedauerns darüber, daß man zu mir, von welchem man schon wegen des vorgeschrittenen Alters annehmen konnte, daß ich selber meine Pflichten kenne, einen Vertrauensmann, und dazu noch einen sehr jungen, schickte, der mich über meine Verpflichtungen belehren sollte. Schon aus diesem Grunde konnte ich ihm kein Versprechen der Stimmenabgabe geben; ich erinnere mich nur, daß ich ihm auf seine Frage, wann ich am Wahltage zu Hause sein werde, die Stunde sagte, bis zu welcher ich im Hause bleiben werde. Von der angeblichen Bitte desselben Vertrauensmannes, ich möchte wenigstens nicht für den Deutschen stimmen, weiß ich ebenfalls nichts; eine derartige Insinuation wäre für mich geradezu beleidigend.

Ich kann mich schließlich nicht enthalten, meine Meinung darüber auszusprechen, daß eine derartige Art der Wahlagitation den Zweck verfehlt; denn ein übergroßer Eifer schadet auch oft.

Hochachtungsvoll

Dr. A. Tabulski.

Von der Redaktion: Auf den ausdrücklichen Wunsch des Herrn Professors Dr. Tabulski veröffentlichen wir sein Schreiben, wir zweifeln aber, ob wir ihm damit einen Dienst erweisen. Ein Urteil darüber, ob pensionierte Beamte moralisch verpflichtet sind, für einen Polen zu stimmen, hat die öffentliche Meinung erlassen, welche keine Ausnahme für Herrn Professor Dr. Tabulski machen kann, umsomehr, da Herr Prof. Dr. Tabulski — wie wir dies schon einmal betont haben — ein Amt in einer unserer angesehensten Institutionen verwaltet. Daß man die Lösung der Frage nicht dem „Gewissen des Beamten selber" überlassen könne, dafür hat Herr Professor Dr. Tabulski, dessen Gewissen sich im Widerspruch zu dem Gewissen der Gesamtheit gesetzt hat, einen fatalen Beweis geliefert. Demgegenüber fällt es uns schwer, anzuerkennen, daß der betreffende Vertrauensmann annehmen konnte, daß Herr Professor Dr. Tabulski „schon wegen seines vorgeschrittenen Alters seine Pflicht kenne." Die traurige Wirklichkeit hat bewiesen, daß Herr Prof. Dr. Tabulski diese Pflicht nicht kannte oder sie nicht kennen wollte. Die wirkliche oder angebliche Bitte, Herr Professor Dr. Tabulski möchte für keinen Deutschen stimmen, soll den Herrn Prof. Dr. T. beleidigt haben; es hat ihn jedoch das Nichtstimmen für einen Polen nicht beleidigt.

Die Erteilung des Rates, wie die Agitation sein müßte, „um den Zweck nicht zu verfehlen", zielt ausdrücklich auf Ironie hin, nachdem das Gewissen des Herr Prof. Dr. T. auf die mündlichen Bemühungen des Vertrauensmannes total gefühllos blieb.

Aus Nr. 39 des Dziennik Poznański (Posen) vom 16. Februar 1907:

„Spółka Rolników Parcelacyjna". Parzellierungs-Genossenschaft der Landwirte.

Die Generalversammlung dieser Posener Institution hat gestern nachmittag in den Räumen der Genossenschaft im Gewerbehause stattgefunden.

Eine so zahlreiche Teilnahme wie gestern hatten wir noch niemals. Es versammelten sich etwa 70 Mitglieder, welche die Angelegenheit des Gutes Piotrkowice, mit welcher sich die polnische Gesamtheit so sehr befaßt, hergeführt hat. Viele Mitglieder sind eigens nur deshalb gekommen, um zu — erfahren, ob es der Parzellierungs-Genossenschaft der Landwirte gelingen werde, Piotrkowice, welches im Besitz der Ansiedelungs-Kommission ist, zurückzugewinnen.

Wir wurden unaufhörlich interpelliert, über diese Sache zu schreiben und die beunruhigte Gesamtheit zu beruhigen; aber wir haben keine Informationen erhalten, auf die wir uns stützen könnten. Erst jetzt hat man endlich erfahren, **daß Piotrkowice, welches die Parzellierungs-Genossenschaft der Landwirte an Herrn Rathke verkauft hat und dieser an die Ansiedlungs-Kommission, niemals in polnischen Besitz wiederkehren wird.**

Die gestrige Versammlung hat, in Abwesenheit des kranken Herrn Wladislaus Glabisz aus Konarzewo, Vorsitzenden des Aufsichtsrates, der stellvertretende Vorsitzende Herr Stadtrat Boleslaus Jagielski eröffnet. Er stellte fest, daß die Generalversammlung im Sinne der Statuten einberufen worden sei; er ernannte Herrn Kasimir Czajkowski zum Schriftführer und verlas die Tagesordnung, womit die Versammelten einverstanden waren.

Den Bericht für das Jahr 1906 erstattete Herr Direktor Josef Kuzaj, welcher auch in Sachen des Gutes Piotrkowice referierte.

Über diese Sache entwickelte sich eine sehr lebhafte Diskussion, welche durch Herrn v. Chrzanowski aus Koscianki angeregt wurde.

Nach der Erklärung und einer umfangreichen Begründung des Vorstandes, daß er alles, was in seiner Macht gelegen, getan habe, um die Interessen der Genossenschaft und ihrer Mitglieder — gemäß den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes — keiner Gefahr auszusetzen, hat die Generalversammlung auf Antrag des Herrn Dr. Kozuszkiewicz einmütig anerkannt, daß

diese Sache erschöpfend vorgetragen und besprochen worden sei. Sie drückte das Vertrauen zum Vorstand und zu dem Aufsichtsrate aus, daß man sich in dieser Sache von Anfang an von einer genügenden Umsicht und Vorsicht habe leiten lassen.

Aus dem Berichte des Herrn Kuzaj haben wir erfahren, daß die Genossenschaft im verflossenen Jahre 4575 Morgen unter 44 Ansiedler parzelliert hat, und vom Anfange des Bestehens an 59870 Morgen unter 1226 Bauern. Im verflossenen Jahre ist es der Genossenschaft gelungen, über 2000 Morgen Land aus fremden Händen aufzukaufen.

Darauf hat Herr Kuzaj die in dem gedruckten Bericht enthaltenen Ziffern erklärt.

Der andere Direktor Herr Kaczmarek referierte über die erworbenen, verkauften und parzellierten Güter.

Über den Bericht des Vorstandes entwickelte sich eine lebhafte Diskussion.

Darauf wurde auf Antrag des Propstes Gladysz aus Komornik dem Aufsichtsrate, dem Vorstande und der Revisionskommission Decharge erteilt.

Die Tätigkeit der Genossenschaft war im verflossenen Jahre eine günstigere, wofür der erzielte Reingewinn im Betrage von 160000 Mark spricht. Deshalb ist auch die Tantieme reichlich; für drei Vorstandsmitglieder wurden 25000 Mark bestimmt und für sechs Beamten 3000 Mark. Die Mitglieder werden in diesem Jahre 8 Prozent Dividende erhalten. Der Rest des Gewinns wurde im Sinne der Statuten verwendet.

An Stelle der aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Herren: Wl. Glabisz aus Konarzewo, Stanislaus Milewski aus Kijewo und Anton Kauß aus Babki wurden gewählt die Herren: Anwalt Adam Wolinski aus Posen, Leo Plucinski aus Swadzim und Haber aus Posen; wiedergewählt wurden die Herren: Mieczislaus Bukowiecki aus Cichowo und Alexander Jordan aus Chomencice.

Ferner wurde die Höhe der Summen bestimmt, welche der Genossenschaft nicht gestattet ist zu überschreiten: bei Aufnahme von Anleihen bis zu 1000000 Mark, bei Annahme von Depositen bis zu 4000000 Mark, bei Erteilung von Krediten an die Mitglieder bis zu 1000000 Mark.

Im Sinne des Vorschlages seitens des Vorstandes wurde beschlossen, den Pensionsfonds, welcher gegenwärtig 87000 Mark betrug, bis zu 200000 Mark zu erhöhen.

Auf Antrag des Kammerherrn Cegielski wurde beschlossen, in Zukunft die einzelnen Zahlen, betreffend die Teilung des Gewinns, in dem gedruckten Berichte zu veröffentlichen.

Nach der Generalversammlung hat die Bildung des Aufsichtsrates stattgefunden. Wie wir erfahren, wurde zum Vorsitzenden Herr Anwalt Adam Wolinski und zum stellvertretenden Vorsitzenden Propst Stanislaus Gladysz aus Komornik gewählt.

Debet. **Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1906.** Kredit.

An Handlungskosten Konto	49868,28	Mk.	Per Parzellierungs-Konto	165897,77	Mk.
„ Grundstücksverwaltungs-Konto	51156,78	„	„ Provisions-Konto	43270,22	„
Reingewinn	160000,—	„	„ Zinsen-Konto	50797,07	„
			„ Pachtzins-Konto	1060,—	„
	261025,06	Mk.		261025,06	Mk.

Aktiva. **Bilanz per 31. Dezember 1906.** Passiva.

Barbestand	37012,55	Mk.	Geschäftsanteile	764377,11	Mk.
Effekten	14500,—	„	Depositen mit jährlicher Kündigung	2142416,21	„
Kautions-Effekten	8000,—	„	Depositen mit halbjährl. Kündigung	689210,66	„
Banken	491684,05	„	Depositen mit vierteljährl. Kündigung	95771,07	„
Hypotheken	3142042,49	„	Depositen mit sofortiger Kündigung	97330,27	„
Vorausgezahlte Zinsen	285,50	„	Kaution	8000,—	„
Mobilien	3469,60	„	Nichterhobene Dividende	4365,65	„
Grundstücke	277539,35	„	Hypotheken-Obligo	122084,—	„
Debitoren	1888729,36	„	Reservefonds	231385,25	„
			Spezial-Reservefonds	127799,19	„
			Pensions-Fonds	56577,79	„
			Delkredere-Fonds	15040,76	„
			Akzepte	5000,—	„
			Kreditoren	1343904,94	„
			Reingewinn	160000,—	„
	5863262,90	Mk.		5863262,90	Mk.

Am Schlusse des Jahres 1905 betrug die Anzahl der Genossen ..... 509 mit 3252 Anteilen
Im Jahre 1906 sind beigetreten ..... 17 mit 496 Anteilen
Mitglieder 526 mit 3748 Anteilen

Im Laufe des Jahres 1906 sind ausgeschieden:

durch Tod	6	mit	51	Anteilen	
durch Aufkündigung	20	mit	282	Anteilen	
durch Ausschließung	4	mit	5	Anteilen	30 mit 338 Anteilen

Es gehen auf das Jahr 1907 über: Genossen 496 mit 3410 Anteilen

Das Geschäftsguthaben hat sich in dieser Zeit um 31600 Mk., der Garantiefonds um 76000 Mk. vermehrt.

Die Geschäftsanteile der Genossen betragen ..... 682 000,— Mk.
Die Gesamtsummen ..... 1 705 000,— „

Posen, den 31. Dezember 1906.

„Spółka Rolników Parcelacyjna"
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Der Vorstand.
Jozef Kuzaj. Wl. Kaczmarek. Jozef Palendzki.

Vorstehende Jahresrechnungen bestätigen wir.
Posen, den 29. Januar 1907.

Der Aufsichtsrat:
In Vertretung
Boleslaus Jagielski,
stellvertr. Vorsitzender.

Die Übereinstimmung der Bilanz mit den Büchern der Genossenschaft wird hiermit bescheinigt.
Posen, den 26. Januar 1907.

Die Revisions-Kommission:
Boleslaus Jagielski. Jozef Jasinski.
Stanislaus Milewski. X. Gladysz.

Aus Nr. 40 des Lech (Gnesen)
vom 17. Februar 1907:

Zu dem von der Parzellierungsgenossenschaft der Landwirte im Dziennik Poznanski veröffentlichten Jahresberichte bemerkt der Lech folgendes:

Es kann sein, daß der Dziennik Poznanski mit einem derartigen Resultate zufrieden ist, insbesondere, weil die Tasche der Mitglieder keinen Schaden erlitten und die Herren Direktoren außer den guten Gehältern und fetten Diäten noch je über 8000 Mk. „extra" erhalten haben. Man ersieht daraus, daß es nichts Besseres gibt, als polnisches Land zu retten und aus ihm einen ordentlichen Groschen Geldes herauszupressen.

Wir sind jedoch anderer Ansicht über diese Sache. Außer den fetten Gratifikationen usw. sehen wir noch das Veräußern polnisches Landes und das Ausbeuten der am meisten bedürftigen Landwirte. Wir hatten zwei Tatsachen dafür, daß die Parzellierungsgenossenschaft der Landwirte, welche den um ihr Dasein kämpfenden Wirten Darlehne gibt, eine geradezu wahnsinnige Provision nahm. Beide Wirtschaften gingen an die Ansiedlungskommission über, eine in den letzten Tagen. Auf die Genossenschaft fällt ein großer Teil der Schuld.

Und nun noch ein Wörtchen über die Diäten der Herren Direktoren. Jeder private Agent fährt gerne, wenn sich irgendwo ein Geschäft darbietet. Anders dagegen unsere Genossenschaften, zu denen auch die Parzellierungsgenossenschaft der Landwirte gehört. Ehe sich die Herren Direktoren bequemen, Posen zu verlassen, muß man sie förmlich auf Knien darum bitten und außerdem vorweg 200 und mehr Mark Diäten zahlen, damit diese Herren auf der Reise gut leben könnten. Mancher in den letzten Nöten schwebende Wirt muß von dem Geschäft zurücktreten, denn er kann eine solche Summe nicht zahlen — und sein Land geht für uns verloren. Klagen darüber hören wir fast täglich, und unsere Wirte empfinden infolgedessen einen förmlichen Abscheu gegen unsere Institutionen, die mit Land handeln. Und sie haben Recht.

Den Aufsichtsrat bitten wir, diese beiden wichtigen Punkte in Erwägung ziehen zu wollen. Wir hoffen, daß in dieser Beziehung Besserung eintreten wird. Wenn wir uns täuschen sollten, dann werden wir unsere vermeintlichen Rettungsinstitutionen ganz energisch bekämpfen. Es ist leichter, sich vor einem bösen Nachbar zu verteidigen, als vor einem im eigenen Hause versteckten Feinde.

Aus Nr. 7 der Pokraka (Posen)
vom 17. Februar 1907:

Görchen.

In dem Dorfe S. fährt der Propst, statt andere anzuregen und aufzufordern „Der Landsmann zum Landsmann!" selbst mit einer gemieteten Fuhre an einigen polnischen Läden vorüber, ohne etwas zu kaufen, er tut dies nur bei Andersgläubigen. (Ein schönes Beispiel!!)

Kempen.

Herr M. aus D. hat die Riemerarbeiten einem Deutschen übertragen, ungeachtet dessen, daß hier auch ein Pole ist. Trotzdem dieser von Sachverständigen Herrn M. empfohlen worden war, hat er dessenungeachtet dem Deutschen die Arbeiten übertragen, obgleich für denselben Preis, für den sie auch der Pole ausführen wollte. Verblendung zieht uns zu den Feinden!!

Aus Nr. 38 des Postęp (Posen)
vom 15. Februar 1907:

Hohensalza.

Freue dich, preußischer Michel, du erhältst Zuwachs an „echten" Preußen! Ein gewisser Bronislaus Sobiesczewski hat sich in „Strecker" umgetauft, und dem Theodor Warszawski in Schönlanke hat die preußische Regierung in ihrer Güte gestattet, den kulturellen Namen seines Schwiegervaters Milbrath zu tragen. **Das sind Pflänzchen, welche schlimmer sein werden, als die Firmengeber des Hakatismus!**

Aus Nr. 38 des Wielkopolanin (Posen)
vom 15. Februar 1907:

Polnische Bauern haben den Antrag auf Umtaufung ihres Dorfes gestellt.

Aus der Gegend von Samter teilt man uns folgendes mit:

Gelobt sei Jesus Christ! Ich muß Euch, liebe Leser des Wielkopolanin, eine sehr traurige Neuigkeit mitteilen:

In Wierzchaczewo, einem seit den Ureltern her rein polnischen Dorfe, haben die polnischen Bauern, denen augenscheinlich dieser polnische Name lästig geworden ist, an den Kaiser den Antrag gerichtet, das Dorf in Wilhelmsdorf umzutaufen. Ob sie ihre Namen ändern werden, ist nicht bekannt. Sie wollen sich damit entschuldigen, daß sie dies dem Grafen Loucki zum Possen getan haben. Diese Kulturmenschen haben gegen sich selbst die Geißel gedreht, **denn die Verachtung und**

der Fluch ihrer Vorfahren, ihrer Kinder und der gesamten polnischen Welt werden auf ihnen lasten. Vielleicht bedauern sie es, aber jetzt ist es schon zu spät.

Die Parochie Kazmierz hat das Unglück, daß sie an Kulturmenschen überreich ist; denn als am 8. d. M. eine deutsche Schauspielertruppe in Kazmierz im Hotel zum Deutschen Kaiser eine Vorstellung gab, saßen die Familien der Kazmierzer Wirte auf dem ersten Platze. So pflegt es zu sein: „Worte haben keine Bedeutung, ein **solches** Theater steht obenan."

Soweit die Zuschrift.

Es hat sich mithin die Nachricht bewahrheitet, der wir anfangs keinen Glauben schenken wollten, denn sie erschien uns gradezu ungeheuerlich. Daß die Deutschen polnische Namen, die durch die Jahrhunderte und die Geschichte geheiligt sind, umändern wollen, das halten wir für nicht entsprechend, welchen entsprechenden Namen soll man aber für Polen finden, welche Andenken nicht zu achten wissen, die durch Jahrhunderte und durch geschichtliche Erinnerungen geheiligt sind?

Der ganze ehrenwerte Bauernstand ist in seinen Empfindungen beleidigt durch den Fehltritt der Wirte aus Wierzchaczewo. Ist doch ein uralter Ortsname auch ein teures Kleinod, das man mit allen Kräften verteidigen muß und nicht leichtsinnig irgendwelcher privater Händel wegen verloren gehen lassen darf.

Aus Nr. 40 des Dziennik Kujawski (Hohensalza) vom 17. Februar 1907:

Ist das erlaubt?

Unter dieser Überschrift wird uns geschrieben:

In Labischin hat sich ein Lehrer der städtischen Schule, der aus Westfalen stammt, eine Agentur eingerichtet, durch die seiner Heimat Arbeiter beschafft werden; er bediente sich dabei der Kinder, denen er pro Kopf 20 Pfg. versprach und ihnen die Zusicherung gab, daß den durch die Kinder nachgewiesenen Arbeitern freie Reise nach Westfalen und 6 Mk. Tagegelder gewährt werden würden. Es meldete sich eine ganze Anzahl, welche der Herr Lehrer selbst mit dem Schlitten nach der Bahn beförderte.

Im Abgeordnetenhause lamentierte der neue Landwirtschaftsminister über den Mangel der Feldarbeiter, die die industriellen Unternehmungen verschlängen — und hier vermittelt ein Staatsbeamter die Ausführung der Arbeiter aus der landwirtschaftlichen Gegend nach der Industriegegend des Staates! Ist denn das erlaubt?

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 20 der Gazeta Gdańska (Danzig) vom 14. Februar 1907:

Alles fürs Deutschtum.

Die deutschen, lutherischen, freimaurerischen, jüdischen und alle anderen Zeitungen, die sich liberal nennen, fordern den Reichskanzler und die Minister auf, daß sie in den letzten Reichstagswahlen den Willen des Volkes erblicken sollten, und dieser Volkswille soll angeblich die Führung der deutschen Nationalpolitik sein.

Mancher der Leser wird gerne erfahren wollen, wie diese deutsche Nationalpolitik aussehen soll? In dieser Beziehung belehrt uns das französische Blatt, die „Temps", die eine Unterredung ihres Korrespondenten mit den Reichskanzler veröffentlicht.

Zu diesem Korrespondenten hat Fürst Bülow u. a. gesagt, daß es ihm darum gehe, daß das deutsche Volk eine solche parlamentarische Mehrheit besitze, die ihm nicht nur Geld für Afrika und für das Militär bewillige, sondern auf die man sich auch in allen Angelegenheiten verlassen könne, in denen es sich um deutsche Nationalkultur handeln werde. Eine solche Nationalkultur, also deutsche Aufklärung, deutscher Patriotismus usw., kann dem deutschen Volke nur einzig und allein eine liberale Partei geben. Der Reichskanzler wird also dahin streben, eine Verbindung der konservativen Partei (d. i. der Partei der gläubigen Lutheraner mit der Zentrumspartei zu verhindern, dagegen wird er aber dafür sorgen, daß sich in allen Angelegenheiten, in denen es sich um die deutsche Kultur handeln wird, die konservative Partei mit den liberalen Parteien verbinde (die Liberalen bilden eine Sammlung der neuzeitigen Heiden und der Regierungskatholiken).

So ungefähr hat sich Fürst Bülow über die zukünftigen Absichten dem französischen Korrespondenten gegenüber ausgelassen. Gleichzeitig hat er auch einen Brief an den Zentralverband der deutschen Industriellen gerichtet, in dem er gesagt hat, daß wenn er sich der Zentrumspartei verkaufte, er dem liberalen Geiste gegenüber sündigen würde, den die letzten Reichstagswahlen zum Ausdruck gebracht haben.

Die zukünftige Politik des Reichskanzlers Bülow wird also in erster Linie eine durch und durch lutherische Politik sein, denn der Lutheranismus ist die deutsche Nationalreligion. Der Reichskanzler wird sich also bemühen ohne die Zentrumsparteiler fertig zu werden, denn die Zentrumsparteiler würden für die Unterstützung der Regierung in der Verbreitung des Lutheranismus auch die Verbreitung des katholischen Geistes fordern, also von katholischen Ordensniederlassungen, von katholischen Kirchen, von katholischen Schulen usw., wie es bisher gewesen ist. Der Lutheranismus soll sich also von nun an auf Kosten des katholischen Glaubens verbreiten. Den katholischen Glauben will der Reichskanzler Bülow dagegen nicht verbreiten, weil er seiner Meinung nach den deutschen Geist und die deutsche Kultur verdirbt.

Diese Politik des Reichskanzlers Bülow soll ferner in Deutschland einen immer größeren deutschen Patriotismus erzeugen. Jeder Deutsche muß immer stärker in seinem Herzen und in seinem Hirn das Gebot eingraben: „Alles, was du machst, mache fürs deutsche Vaterland, und das andere wird sich von selbst finden."

Einen solchen Patriotismus erwartet Reichskanzler Bülow nicht von den Konservativen, da sie zu sehr um ihren lutherischen Glauben und um ihre Landwirtschaft besorgt sind, einen solchen Patriotismus erwartet er nicht von den Zentrumsparteilern, weil die wiederum zu sehr um ihren katholischen Glauben besorgt sind, er erwartet ihn auch nicht von den Fortschrittlern, weil die wiederum um den Handel zu sehr besorgt sind, er erwartet ihn auch nicht von den Sozialdemokraten, weil es für sie einen deutschen Patriotismus überhaupt nicht gibt, aber er erwartet die Erfüllung dieses deutschen Gebotes von den Liberalen, für die nach der Meinung des Herrn Bülow zuerst das Deutschtum und dann erst andere weltliche Angelegenheiten in Frage kommen.

So wie die hl. Kirche mit den Jesuiten, so beabsichtigt Bülow mit den Liberalen eine Garde für sich zu bilden, die unter der Losung „Alles nur fürs Deutschtum" kämpfen wird. Und auf der Fahne dieser Garde soll die Aufschrift zu lesen sein: „In diesem Zeichen wirst du siegen." Wen will Fürst Bülow besiegen? Na, die anderen Parteien, also die Konservativen, die Fortschrittler und allmählich auch

die Zentrumsparteiler und Sozialdemokraten, um in ihnen den Geist des Deutschtums zu entflammen, damit sie auf dem Altar dieses Deutschtums alle anderen weltlichen Angelegenheiten opferten, also vor allem ihre politische Überzeugung.

Mit Hilfe dieser Garde beabsichtigt Fürst Bülow den Kulturkampf mit dem Geiste der Religiösität im Volke zu beginnen, denn er hat zum Korrespondenten der „Temps" auch gesagt, daß er sich eine solche Mehrheit im Reichstage schaffen möchte, wie sie z. B. die französische Regierung besitzt. Und diese Mehrheit der französischen Abgeordneten setzt sich doch auch aus Leuten zusammen, die der Kitt des Hasses gegen die katholische Kirche zusammengefügt hat.

Mit Hilfe dieser Garde beabsichtigt Fürst Bülow einen Kampf mit allen Stämmen zu beginnen, die im preußischen Staate ihre Nationalität bewahren wollen, also vor allem mit uns Polen.

„Alles fürs Deutschtum." Das soll die Losung des künftigen deutschen Reichstages sein, und mit dieser Losung beabsichtigt Fürst Bülow alle lutherischen Parteien anzustecken, um im Namen dieser Losung „Alles fürs Deutschtum" die Mehrheit für neue antipolnische Gesetze zu gewinnen.

Ob ihm das gelingen wird, wird die nächste Zukunft zeigen. Wir glauben daran nicht, aber wir glauben daran, daß wie die Vorsehung Bismarck ins Grab genommen hat, sie auch Fürst Bülow ins Grab nehmen wird, und wir werden wie wir bisher polnisch gelebt haben, nicht aufhören polnisch zu leben zum Lobe Gottes und zum großen Nutzen der ganzen polnischen Nation.

Aus Nr. 20 des Pielgrzym (Pelplin)
vom 14. Februar 1907:

Gollub.

Hier hat der **Pfarrer Wazlaw Faustmann** seine ersten Primizien abgehalten. Bei dieser Gelegenheit sind 40,50 Mk. zu Wohltätigkeitszwecken gesammelt worden, von denen 30,50 Mk. für die Volksbibliothek und 10 Mk. für das **kassubische Haus** (dom kaszubski) in Berent bestimmt wurden. Letztere Summe ist in der Redaktion des Pielgrzym niedergelegt worden.

Aus Nr. 21 der Gazeta Grudziązka (Graudenz)
vom 16. Februar 1907:

Kulm, den 9. Februar 1907.

Es ist ihnen über geworden — aber nicht den Kindern, welche Arrest absitzen, sondern denjenigen, die sie damit bedacht haben. Als nämlich am vergangenen Freitag die letzten 5 Mädchen zum Schularrest gekommen waren, erklärte ihnen der Lehrer: „Die Arreststunden sind aufgehoben, gehet nach Hause." — Ehre den Kindern, die in ihren Leiden bis zum Ende ausgehalten und damit eine Wendung zum Besseren herbeigeführt haben! Die Namen dieser kleinen Heldinnen sind: Rosalie Czarnecka, Marta und Bronislawa Kalinowska, Jadwiga und Antonina Sohaczewska.

Aus Nr. 21. der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 16. Februar 1907:

Szczodrowo.

Ich teile der Redaktion mit, was hier in Szczodrowo passiert. Am Sonntag fand hier eine „Krygerferajns"-Veranstaltung statt, und mit schwerem Herzen muß ich bekennen, daß auch mein Halbbruder N. dem Kriegerverein beigetreten ist. Es ist mir unangenehm, daß dieser Unglückliche damit seinen **polnischen Glauben** verleugnet und den Lutheranismus zu kosten beabsichtigt. Wenn hier jeden dritten Sonntag Andacht stattfindet, so hat er keine Zeit zu erscheinen, weil er seinen irdischen Herrn beleidigen würde, aber zum „Krygerferajn" eilt er wie die Biene zum Honig. Wir haben hier noch viel gleichgültige Polen. Zu den Wahlen haben sich viele nicht gestellt. Einer tat es in der Besorgnis, daß er seine Arbeit verlieren würde. Darum ist es auch kein Wunder, daß die Wahlen traurig ausgefallen sind. Für den polnischen Kandidaten sind 12 und für den deutschen Kandidaten sind 48 Stimmen abgegeben worden. Es ist eine Schande für uns, daß sich ein polnisches Dorf so schimpflich benommen hat.

Aus Nr. 21 des Pielgrzym (Pelplin)
vom 16. Februar 1907:

Ein polnischer Zahnarzt

kann unter sehr günstigen Bedingungen eine Praxis mit über 4000 Mk. Einnahme übernehmen. Auskunft erteilt Herr J. Chmurzynski in Schwetz a. W.

Aus Nr. 22 des Pielgrzym (Pelplin)
vom 19. Februar 1907:

Für die Germania in Berlin und ihre Korrespondenten im Osten.

Es ist schon das zweite Mal, daß die Germania meine Person angegriffen hat: einmal in Sachen der Wahlen im Bezirk Osterode-Neidenburg, wo auf mich 1170 Stimmen gefallen sind, und das zweite Mal anläßlich des Löbauer Prozesses.

Darum antworte ich: Der Gedanke der Einteilung der Märtyrer in Märtyrer erster und zweiter Klasse ist würdig, patentiert zu werden. Ich erkenne an, daß **„Fieberhaftigkeit"**, **„Geschmacklosigkeit"**, **„sehr große Flatterhaftigkeit"** und **„große Taktlosigkeit"** Untugenden sind, doch sie währen und vergehen.

Aber **„Schweineaugen"**, **„Ochsenhörner"**, **„Eselsohren"**, **„Hundeschwanz"**, **„antipolnische Verrücktheit"**, **„Germanisationsgeist"**, die **„Begierde nach Würde und Ehren"** sind große Widerlichkeiten; sie sind manchen Menschen eigen und haften ihnen bis zum Tode an.

Ist das aber grob! — wird die Germania sagen. — Jawohl, meine Herren! Man darf auch niemals vergessen, daß **„zu einem großen Ochsen ein dicker Strick gebraucht wird."**

Rumian, den 15. Februar 1907.

Liß, Propst.

Aus Nr. 8 des Przyjaciel Dzieci (Kinderfreund)
vom 19. Februar 1907.
Beilage zum Pielgrzym Nr. 22 (Pelplin)
vom 19. Februar 1907:

Kinderbriefe.

Orzechowskie Seperunki, den 25. 1. 07.

Gelobt sei Jesus Christus!

Das erste Mal erdreiste ich mich als Elfjähriger dir, lieber Kinderfreund, eine traurige Neuigkeit mitzuteilen.

Noch vor Weihnachten kam ich aus der Schule zusammen mit anderen Kindern, und unterwegs begegnete uns ein fremder evangelischer Lehrer, und ich lobte vor ihm den lieben Gott polnisch: „Niech będzie pochwalony Jezus Chrystus!“ (Gelobt sei Jesus Christus). Nach Weihnachten — zwei Wochen später — begegnete mir auf dem Wege zur Schule derselbe Lehrer, aber ich sagte damals kein Wort. Der Lehrer faßte mich aber an und sagte zu mir in deutscher Sprache: „Bist du der Laps, welcher polnisch grüßt.“ Und er zog mich so an den Ohren, daß ich weinend nach Hause kam. Das ist sehr traurig, wenn wir für den polnischen Gottesgruß von den Lehrern an den Ohren gezogen werden. Aber ich schäme mich meines Glaubens nicht. Ich besuche die Schule in Orzechowo. Ich bitte den lieben Kinderfreund um Entschuldigung; ich habe so geschrieben, wie ich es konnte, denn in der Schule lernen wir nur Deutsch, und Polnisch lerne ich nur zu Hause.

Ich grüße den lieben Kinderfreund und seine Leser.

Władysław Dulny.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 21 des Katolik (Beuthen O.-S.) vom 15. Februar 1907:

Geheime Agitation.

Seit längerer Zeit veröffentlicht die Schles. Ztg in Breslau verschiedene Nachrichten von einer geheimen Agitation, von polnischen Geheimbünden und geheimen Versammlungen auch in Oberschlesien. Diese Nachrichten pflegen in unbestimmter Form, ohne genaue Angaben von Namen gebracht zu werden. Infolgedessen ist es schwierig zu prüfen, wie weit sie auf Wahrheit beruhen, wie weit sie überhaupt irgend eine Grundlage haben. Bei der Veröffentlichung dieser Dinge geht die Schles. Ztg. listig vor; sie bringt sehr viel Einzelheiten, gewöhnlich sogar Kleinigkeiten, und auf diese Weise erweckt sie den Schein der Tatsächlichkeit ihrer Nachrichten. Gleichzeitig hüllt sie die Hauptsache, nämlich die interessierten Personen in ein Geheimnis, sofern es sich um Leute handelt, die in Preußen ihren Wohnsitz haben. Es scheint uns sogar, als ob sie die Spuren absichtlich verwischte, durch die man zu den Personen, um die es sich handelt, dringen könnte.

Und so geschieht es, daß die Leser der Schles. Ztg. angeblich interessante und schreckliche Dinge erfahren, die ihnen scheinbar in glaubhaftester Form mitgeteilt werden, und sie können glauben, daß jedes veröffentlichte Wort wahr sei.

Indes sind die polnischen Blätter den Mitteilungen der Schles. Ztg. gegenüber machtlos. Sie können nichts davon berichtigen, denn sie wissen nicht mit Bestimmtheit, wen die Schles. Ztg. im Sinne hat. Wir erinnern uns an keine Angelegenheit, in welcher irgend ein Blatt so aufgetreten wäre, wie es gegenwärtig das Breslauer Blatt tut.

Wir hätten von dieser ganzen Angelegenheit überhaupt nicht geschrieben, wenn nicht der Umstand gewesen wäre, daß die Schles. Ztg. schon das zweite Mal behauptet, „jede polnisch-nationale Kundgebung des Volkslebens in Oberschlesien solle fast ausschließlich unter der Kontrolle der national-demokratischen Partei, d. i. der Nationalliga, stehen.“

Diese Worte sind angeblich in dem Buche eines gewissen Stanislaus Osada enthalten, das sich mit der national-demokratischen Partei, d. i. mit der Nationalliga, befaßt.

Die Nationalliga sei früher bis zu einem gewissen Grade ein Geheimbund gewesen. Geheim nur insofern, als die Namen der Hauptführer nicht bekannt gewesen seien. Seit der Zeit jedoch, als im Königreich Polen eine größere politische Freiheit platzgegriffen habe, sei die national-demokratische Partei, d. i. die Nationalliga, ganz offen als politische Partei aufgetreten. Alle Abgeordneten der ersten Duma aus dem Königreich Polen seien Anhänger dieser Partei gewesen.

Ob die Nationalliga jemals einen Einfluß auf die polnische Sache in Oberschlesien ausgeübt hat, wissen wir nicht. Jedenfalls behaupten wir, daß die Worte des Herrn Osada von der „Kontrolle der Liga“ über unsere Angelegenheiten nur eine Art prahlerischer Illusion sind. Soweit es sich um die allgemeinen polnischen Angelegenheiten in Schlesien handelt, stellen wir entschieden in Abrede, daß die Nationalliga einen Einfluß auf sie ausübe oder sie unter einer tatsächlichen Kontrolle hätte. In Schlesien geschieht das, was als notwendige Folge der natürlichen Entwickelung geschehen ist, ganz von selbst ohne künstliche Agitation.

„Unter der Kontrolle haben“ ist ein sehr biegsamer Ausdruck. „Unter seiner Kontrolle“ kann jedermann alles haben, was ihm gefällt. Wer will, kann sagen, daß unter seiner Kontrolle das steht, was z. B. in Japan geschieht. Herr Stanislaus Osada kann aus Amerika, wo er seine Vorträge hielt, sagen, daß Oberschlesien unter der Kontrolle seiner Partei steht. Das wird soviel wert sein, als ob er sagen würde, daß alle Inseln des Stillen Ozeans unter seiner Kontrolle stünden.

Wenn die Erklärung Osada's auch die Ansicht der demokratischen Partei oder der Nationalliga sein sollte, so ist es natürlich schwierig sich mit ihr auseinanderzusetzen, aber wahr ist sie nicht. Darum aber handelt es sich vor allen Dingen.

Unsere Anschauung über geheime Agitationsmittel ist folgende: Wir halten dafür, daß jede Heimlichkeit unserer polnischen Sache nur schaden könne. Daher lassen wir weder selbst uns in irgendwelche politischen geheimen Agitationen ein, noch regen wir irgend jemanden dazu an. Was zu tun wir für gut befinden, das tun wir zwar mit der notwendigen Vorsicht und Umsicht, stets aber so, daß sich unsere Handlungsweise vor vollem Tageslicht behaupten wird. Wir meinen, daß Heimlichkeit auch deshalb unbedingt unerwünscht ist, weil sie eine Gefahr für die Sache in sich birgt, denn sie macht eine Kontrolle über die Individuen, ihre Fähigkeiten, Ambitionen und Bestrebungen unmöglich.

Nachdem wir uns so in bezug auf die Artikel der Schlesischen Zeitung geäußert haben, glauben wir, alles getan zu haben, was sich auf eine solche Art von Artikeln tun läßt. Nämlich: da wir nicht die Möglichkeit besitzen, auf die Einzelheiten der Artikel einzugehen, so betonen wir nur unseren grundsätzlichen Standpunkt zur Sache selbst. Wir tun dies, damit man uns nicht beschuldige, wir schwiegen, weil wir nicht den Mut hätten, zu antworten.

Aus Nr. 22 des Polak (Kattowitz) vom 15. Februar 1907:

„Die großpolnische Verschwörung.“

Die Korruption der hakatistischen Blätter in Schlesien nimmt von Tag zu Tag zu. Es mehren sich die Fälle, in denen der den Idealen der Journalistik nicht gewachsene Redakteur eines deutschen Blattes um selbst einer Strafe zu entgehen, den Gerichten den Korrespondenten verrät, der ihn vertraulich unterrichtet hat. Daneben blüht in den Spalten gewisser Blätter

eine mit dem Denunziantentum gemeinster Art verbundene Perfidie, Lüge, Heuchelei, Gewinnsucht, das ist die elende Waffe gewisser in kreuzritterliche Gewänder gekleideter Kretiner.

In den Spalten der berüchtigten Schles. Ztg. veröffentlicht irgendein Kretin seit einiger Zeit eine Reihe von Artikeln, welche eine polnische Verschwörung nachzuweisen suchen. Wir befaßten uns mit ihnen nicht, und zwar deshalb, weil die Veröffentlichung dieser Artikel den Zweck verfolgt, den Puls der Polen zu erforschen. Wir wissen, daß der Preuße, wenn er schweigt, tätig ist und gefährlicher ist als eine Schlange, daß man dagegen beruhigt sein könne, wenn er lärmt und manifestiert. Diese Artikel sind angeblich in „Paris“ und früher in „Zürich“ geschrieben. Es ist ein Wunder, daß jener Kretin noch nicht in Ostende, Monte Carlo oder Biarritz war.

Um uns des Stils der Schles. Ztg. zu bedienen, schreiben wir: Nach dunklen Gerüchten wenden sich Reporter gewisser Blätter an Bürger, die gestrauchelt und wegen schmutziger Handlungsweisen gerichtlich bestraft worden sind, mit dem Ersuchen, sie möchten ihnen Tribut zahlen, dann würden sie davon nichts schreiben (dies ist übrigens das Untersuchungsmaterial eines unserer Redakteure). Ein anderer Reporter geht geschickter zu „Werke“. Er sammelt Aufrufe, Broschüren, er liest Zeitungen, er beobachtet, was für Socken und Taschentücher unsere polnischen Führer tragen, ob sie musikalisch sind, und dann kleistert er aus allem diesem das Ganze zusammen, er verdächtigt sie politischer Machinationen, um ihnen Angst zu machen, um sich an ihnen den Beutel zu spicken. Und dieser Kretin spricht auch von „verhungerten polnischen Redakteuren“. Zu der Gesamtheit dieser Artikel steuern viele „Informatoren“ bei. Tätigen Anteil nimmt der Redakteur R. in P. (nicht Paris), und der polizeiliche Würdenträger M. in B. bearbeitet sie.

Aus Nr. 36 des Gornoślązak (Kattowitz) vom 14. Februar 1907:

Trägt die oberschlesische Presse etwas zur Hebung der polnischen Kultur bei?

In Nr. 35 des Kuryer Poznanski finden wir eine Korrespondenz aus Kattowitz, welche die so wichtige Angelegenheit der abzuhaltenden unentgeltlichen volkstümlichen Vorträge bespricht.

In dieser Korrespondenz finden wir eine mißglückte Wendung. Und zwar soll Herr Dr. Seyda in seiner Ansprache folgende Worte gesagt haben: Die von dem Kampf um die politischen und wirtschaftlichen Rechte völlig absorbierte (oberschlesische) Presse war für die polnische Kultur fast nichts zu tun imstande.

Wir bemerken, daß dies Herr Rechtsanwalt Seyda nicht gesagt hat. Herr Rechtsanwalt Seyda hatte nur darauf Nachdruck gelegt – so verstanden wir ihn wenigsten s—, daß die Presse für die polnische Kultur nicht soviel habe leisten können, als es gebührt hätte, weil der politische und wirtschaftliche Kampf, der wichtigste in unseren Verhältnissen, eine kulturelle Tätigkeit in breitem Maßstabe nicht zuließ. Das klingt ein wenig anders.

Die polnischen Blätter mußten sich hauptsächlich mit der Aufklärungsarbeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete begnügen, weshalb auf dem Gebiete der rein kulturellen Arbeit nicht soviel geleistet werden konnte, als man gewollt hätte, als es wünschenswert gewesen wäre. Aber das berechtigt noch niemanden zu der Erklärung, daß „für die kulturelle Frage fast nichts getan wurde“.

Im Gegenteil, es ist sehr viel geleistet worden. Denn wessen Verdienst ist es, daß unser Volk in dem polnischen Schlesien polnisch zu lesen und zu schreiben versteht? Der Presse. Wer lehrte das Volk die polnische Kultur schätzen? Die Presse. Wer klärte das Volk der politischen Kämpfe ungeachtet in nationaler Hinsicht auf, wer erinnerte es fortwährend an seine eigene kulturelle Sonderstellung? Die Presse. Wer brachte im Hauptblatte, wie in den zahlreichen Beilagen Artikel, welche ausschließlich rein polnisch-kulturelle Fragen behandelten? Die Presse. Wer gab und gibt die Zeitungsbeilagen, die sich fast ausschließlich mit polnischen Kulturfragen befassen? Die Presse. Kann man dies als „fast nichts bezeichnen?

Wer in unseren Blättern allerdings nur die politischen Artikel liest, der kann zu solchen einseitigen und ungerechten Überzeugungen gelangen. Wer aber das Gesamtbild der Tätigkeit der Presse ins Auge faßt, wer auch die Zeitungsbeilagen eifrig prüft, in denen er neben polnischen Novellen zahllose belehrende Artikel aus allen Gebieten des Lebens, mithin aus der Geschichte, Literatur, Geographie, Physik u. s. w. findet, wer jene kleine, für die Jugend bestimmten und sehr sorgfältig und zielbewußt verfaßten Beilagen liest, der dürfte wohl die Tätigkeit der Presse auch in kultureller Beziehung ein wenig gerechter beurteilen.

Zum Schluß bemerken wir noch, daß ohne diese kulturelle Vorbereitungsarbeit unserer Blätter, die nach dem Korrespondenten des Kuryer „fast nichts“ bedeutet, die heutigen Organisatoren der volkstümlichen Vorträge an diese Vorträge nicht einmal denken könnten. Das Volk würde sie weder verstehen, noch ihren Mangel empfinden.

So, wie es der Kuryer dargestellt hat, verhält sich die Sache nicht. Die schwierigen politischen und sozialen Verhältnisse zwangen zwar unsere Blätter, hauptsächlich auf politischem und sozialem Gebiete zu arbeiten; sie verstanden es aber, das eine mit dem andern im Einklang zu bringen und neben der Politik die rein kulturellen Fragen nicht zu vernachlässigen. Sie boten in dieser Hinsicht sogar entschieden mehr, wie irgend ein für das Volk bestimmtes deutsches Blatt politischen Inhalts.

Der Korrespondent des Kuryer, der gleich am Anfang schreibt, daß in Kattowitz eine Versammlung stattgefunden habe, die „zur Inangriffnahme der Kulturarbeit in Oberschlesien in breiterem Maßstabe“ einberufen worden sei, überschätzt entschieden die Tragweite der volkstümlichen Vorträge; er irrt auch, wenn er meint, daß dies eine „Inangriffnahme der Kulturarbeit“ sei. Dem ist nicht so. Diese Vorträge werden nur eine Fortsetzung der Kulturarbeit sein, die nicht von der Versammlung am Freitag, sondern von den polnischen Blättern vor 40 Jahren in Angriff genommen wurde.

Das ist die Wahrheit über die Kulturarbeit der Zeitungen und über die Kulturarbeit in Oberschlesien überhaupt.

Aus Nr. 20 des Polak (Kattowitz) vom 14. Februar 1907:

Bilder aus dem Kreise Kosel.

(Fortsetzung.)

Heute ist Versammlung in Pikow. Der Saal ist sicher. Der Besitzer wird nicht erschrecken. So wird uns versichert. Wir langen an Ort und Stelle an. Volk gibt es aus der Umgegend die Menge. Wir halten vor dem Wirtshause. „Er gibt den Saal nicht her, denn die Treppen sind morsch,“ lassen sich Stimmen aus der zahlreichen Volksmenge vernehmen.

Wir betreten das Wirtshaus. Dort wimmelt und schwärmt es, wie in einem Bienenstock. Wir kommen in das Stockwerk, wo sich der ziemlich geräumige Saal befindet. Die Stufen sind fest und stark, aber unter dem sich versammelnden polnischen Volk könnten sie zusammenbrechen. Unlängst fand dort ein Tanzvergnügen statt, und auch in nächster Woche wird dort eins stattfinden. Während des Tanzes ist das polnische Volk offenbar leichter. Wir suchen den Wirt auf. Er fürchtet die Bestrafung, daß man ihn neue Treppen errichten heißen werde. Wir reden ihm alle zu, es spricht auch Pfarrer Manka mit ihm. Der Mann schwankt und zögert. Schließlich erhebt er sich, wie mit einer schrecklichen Last beschwert und erklärt dem Gendarmen, daß er den Saal hergeben werde; denn die Strafe werden ihm diese Herren bezahlen, wobei er auf den Grafen Mielzynski und Herrn Korfanty zeigt. Jetzt erklärte der Gendarm, daß er die Versammlung wegen der morschen Treppen verbiete. Es werden Wahlzettel und Aufrufe verteilt, und weiter gehts den Weg zu einer anderen Versammlung nach Kradziejow.

— — — — — — — — — — — — — —

Sie wurde von dem Rechtsanwalt Ratajski aus Ratibor eröffnet. Er hat nicht wenig Umstände mit den Vertretern der Behörde, dem Gendarmen und Amtsvorsteher. Der Ofen mußte hinausgeschafft werden, damit das Volk nicht verbrenne. Die Schornsteinlöcher mußten zugeklebt werden, damit das Volk infolge des Rauchs nicht ersticke. Schließlich wurden alle Hindernisse beseitigt und Herr Ratajski spricht. Aus Pikow treffen ein: unser Kandidat Herr Siemianowski und die Abgeordneten Graf Mielzynski und Korfanty. Graf Mielzynski ergreift das Wort. Das Volk war hier noch nie in einer Versammlung, es hört darum mit größter Aufmerksamkeit zu. Es scheint jedes Wort zu verschlingen. Als der Redner anfing, die Soldatenmißhandlungen zu besprechen, über die im Reichstage verhandelt wurde, unterbricht ihn der Amtsvorsteher und verbietet ihm, gegen die Regierung „aufzuwiegeln". Diese Versammlung sei eine katholische Versammlung, und von solchen Dingen dürfe nicht gesprochen werden. **O du göttliche partikularistische Naivität! Und solche Beamten entsenden die Behörden zur Überwachung von Versammlungen.** Die Versammelten empören sich, und weil sie mit dem Amtsvorsteher in familiären Verhältnissen leben, fangen sie mit ihm einen Streit an. Der Gendarm erhebt sich und löst die Versammlung auf. Die Entrüstung ist groß. Die Versammelten gehen auseinander, aber bald kehren sie zurück, und der Herr Amtsvorsteher genehmigt das Biertrinken.

— — — — — — — — — — — — — —

Am Abend wird uns mitgeteilt, daß der Kreisvikar Kubica die Polen und unsere Abgeordneten in unverschämter Weise schmäht. Korfanty und Graf Mielzynski seien Spitzbuben, sie agitierten hier für gestohlenes Geld; Siemianowski sei ein junger 24jähriger Redakteur, Korfonty sei Sozialdemokrat und habe den Leuten versprochen, daß ein Pfund Fleisch 25 Pf. kosten werde, wenn man ihn zum Abgeordneten wählen werde, und da sich dies nicht verwirklicht habe, hätten ihn die Frauen verflucht. Solche und ähnliche Märchen erzählte ein katholischer Geistlicher seinen unerfahrenen Schäflein.

Dies muß festgenagelt werden. Wir fahren zur Zentrumsversammlung nach Kobelwitz, wo der Vikar wiederum mit seiner Beredsamkeit glänzen sollte. Der Saal war nicht allzusehr besetzt. Unter den Versammelten befanden sich viele unserer Anhänger. Der Vikar wählt sich ein Bureau und beginnt von dem Zentrum zu sprechen. Als er wiederum von dem jugendlichen Redakteur Siemianowski zu sprechen begann, lassen sich im Saale Protestrufe vernehmen. Unsere Volksgenossen verlassen den Saal unter Getöse und unter den Hochrufen: „Es lebe Siemianowski!" Der Abgeordnete Korfanty tritt an den Geistlichen heran und fragt, ob er im Saale bleiben dürfe. „Wenn Sie sich ruhig verhalten werden, dann gewiß", sagte der Geistliche Kubica auf deutsch. Unser Abgeordneter antwortete dem Geistlichen in polnischer Sprache: „Ich bin ein wohlerzogener Mensch, und ich weiß, was ich zu tun habe. Da ich aber gehört habe, daß Euer Hochwürden seine Gegner in unanständiger und eines katholischen Geistlichen unwürdiger Weise angreift, bin ich hierher gekommen, um mich persönlich davon zu überzeugen." Der Herr Abgeordnete wiederholt ihm alle Vorwürfe, die er gegen die Polen und gegen ihn persönlich erhoben hat. Verlegen weicht der Geistliche aus, oder er stellt es in Abrede. Der Gedankenaustausch fand in ruhiger und sachlicher Weise statt, und die versammelten Zentrumsleute wundern sich, daß sich der Geistliche so artig und lächelnd mit demjenigen unterhält, den er ihnen als leibhaftigen Satan vorgestellt hatte. Der Geistliche wendet sich an die Beisitzer mit der Frage, ob sie dem Abgeordneten erlauben werden, der Versammlung beizuwohnen, diese aber — unter ihnen der Lehrer — gestatten es natürlich nicht. Wir verließen den Saal. In dem geräumigen Vorzimmer plaudern die Unserigen laut und besprechen lebhaft das Verhalten des Geistlichen. Man teilt uns mit, daß der Geistliche weiter Unwahrheiten über die Polen ausstreue. Der Abgeordnete Korfanty schickt ihm ein höflich geschriebenes Billett, in dem er an seine Priesterehre appelliert, er möchte dem Angegriffenen erlauben, sich zu verteidigen. Lange warten wir auf eine Antwort. Es ertönen Rufe: Lebe hoch! Der Herr Vikar hat die Versammlung geschlossen. Beim Verlassen des Saales tritt er an den Abgeordneten Korfanty heran und entschuldigt sich, ihm deshalb das Wort nicht erteilt zu haben, weil der Gendarm mit Auflösung der Versammlung gedroht habe, falls Herr Korfanty das Wort ergriffen hätte. Und noch lange entschuldigte sich der Geistliche.

Er schied sehr höflich von unserem Abgeordneten, und seine Anhänger konnten sich nicht genug wundern über die von dem Geistlichen demjenigen erwiesene Höflichkeit, den er vor kurzem noch so geschmäht hatte. Mancher nickte mit dem Kopfe.

Aus Nr. 38 des Gornoślązak (Kattowitz) vom 16. Februar 1907:

Hakatistische Blätter berichteten, daß der Abgeordnete Korfanty während der Stichwahl in Kosel gewesen sei und an den Koseler Bürgermeister, als er gehört habe, welcher Zentrumspöbel die polnischen Vertrauensmänner überfallen hätte, ein Schreiben mit dem Ersuchen gerichtet habe, der Bürgermeister möge als Chef der Polizei die polnischen Bürger in Schutz nehmen, da er (Korfanty) sonst die eigenen Leute mit Revolvern bewaffnen werde, damit sie sich verteidigten.

So schrieben die hakatistischen Blätter, aber sie stellten die Sache ganz falsch dar. Der Abgeordnete Herr Korfanty schrieb zwar an den Koseler Bürgermeister einen höflichen Brief, in welchem er um Schutz für diejenigen bat, die Wahlzettel verteilten (denn diese wurden von den „kultivierten" Zentrumsleuten angefallen), von Revolvern enthielt aber das Schreiben kein Wörtchen.

Die Geschichte von den Revolvern haben die hakatistischen Blätter selber hinzugelogen.

Aus Nr. 37 des Gornoślązak (Kattowitz) vom 15. Februar 1907:

Gegen die Wahl des Fürsten Hohenlohe zum Reichstagsabgeordneten wird

Protest

erhoben werden.

Ich besitze schon ziemlich viel Material zur Begründung des Protestes. Die geehrten Landsleute, welche etwas von Mißbräuchen oder Unregelmäßigkeiten wissen, wollen mich davon möglichst bald benachrichtigen.

Im besonderen bitte ich mitzuteilen:

1. Wo die Listen in der vorgeschriebenen Zeit nicht ausgelegt oder nicht zugänglich waren;
2. wo jemand in die Liste nicht eingetragen wurde, obgleich er selbst oder andere es forderten;
3. wo und wer von der Abstimmung wegen empfangener Arbeiterrente oder Militärpension ferngehalten wurde;
4. wo und wer zur Abstimmung zugelassen wurde, obgleich er kein Recht dazu hatte;
5. wo in dem Wahllokal durch Verteilung von Wahlzetteln, durch Reden agitiert wurde;
6. wo Arbeitgeber oder deren Beamte die Leute (Arbeiter) zwangen, so zu wählen, wie es ihnen gefiel;
7. wo es keinen Ort gab, an welchem der Wahlzettel in den Umschlag so hineingelegt werden konnte, daß es vom Wahlvorstand oder jemanden anderen nicht gesehen wurde;
8. wo und von welchem der Wähler der Umschlag angenommen wurde, obgleich sie nicht in die Kammer oder an den verhüllten Tisch herantraten;
9. wo es in der Seitenkammer oder an den verhüllten Tische so dunkel war, daß es unmöglich war, den Namen auf dem Wahlzettel;
10. wo am Wahltisch auch nur einen Augenblick weniger, als drei Vorstandsmitglieder waren;
11. wo der Wahlvorsitzende beim Verlassen des Lokals die Vertretung nicht einem anderen Vorstandsmitglied oder sie dem Schriftführer überließ;
12. wo zu gleicher Zeit auch nur einen Augenblick im Wahllokal der Vorstandsvorsitzende und der Schriftführer fehlten.
13. wo, von wem und auf wen Druck ausgeübt wurde, um ihn zur Wahl des Fürsten Hohenlohe zu nötigen;
14. wo Leute, namentlich von Dominien usw. zur Wahl geführt oder herangefahren wurden;
15. wo und welche andere Unregelmäßigkeiten, Bestechungen, Versprechungen von Belohuungen für die Wahl des Fürsten Hohenlohe vorkamen.

Alles muß genau geschildert werden, und es müssen Zeugen genannt werden.

Das ganze Material bitte ich sofort, spätestens den 23. Februar, zu meinen Händen zu übersenden.

P. Domlek, Redakteur,
Beuthen O.-S.

Aus Nr. 37 des Głos Śląski (Gleiwitz) vom 14. Februar 1907:

Slawentzitz. Wie in anderen Dörfern bei den Wahlen verschiedene Schwierigkeiten gemacht wurden, so fehlte es auch bei uns an ihnen nicht. Als bei uns einige Frauen beim Herrn Rektor waren, um ihre Angelegenheiten (d. h. Zinsenentrichtung in die Darlehnskasse) zu erledigen, fragte sie der Herr Lehrer, wen ihre Männer zu wählen gedächten. Als sie antworteten: Herrn Siemianowski, so sagte er ihnen, sie seien dumm, und sie würden nach Sibirien gehen, wenn sie so wählen werden. Weiter sagte er, daß die Arbeiter jetzt „fajner" gekleidet sind als sie. Ich würde ihm geantwortet haben, daß dies nichts Sonderbares wäre, denn er sei nur Beamter, wir aber seien Bürger. Er redete zu, den Landrat zu wählen, und der Herr Pfarrer den Erzpriester Glowatzki. Das ist noch nicht alles, denn am Feste Mariä Lichtmeß sagte der Herr Kaplan nach der Predigt, daß die Wahlen bevorständen, wobei er bemerkte, daß eine solche Angelegenheit auf der Kanzel nicht berührt werden dürfe, denn es bestehe ein Paragraph, nach welchem er, der Kaplan, bestraft werden könnte. Er fügte auch hinzu, daß es sich nicht zieme, eine solche Angelegenheit auf der Kanzel zu besprechen, nach langen Ausführungen bemerkte er aber, daß wir den guten vom schlechten Mann gut unterscheiden sollen, denn wie Eva im Paradiese sündigte, wofür wir leiden müssen, so müßten auch wir leiden, wenn wir nicht den richtigen Mann wählen würden.

Aus Nr. 20 der Gazeta Opolska (Oppeln) vom 14. Februar 1907:

erhalten wir nachstehendes Schreiben des Hochwürdigen Herrn Pfarrer Aleksander:

Rosenberg, den 11. Februar 1907.

Die geehrte Redaktion

ersuche ich um Wiedergabe folgender Berichtigung:

In seiner Korrespondenz aus Klein-Borek erhebt Herr Fr. Grobelny gegen mich den Vorwurf, ich hätte „den Fürsten Hohenlohe empfohlen und geheißen, ihn zu wählen, denn Seine Eminenz, der Herr Kardinal in Breslau habe es befohlen, und wir hätten ihm wie einem Vater zu gehorchen". Darauf erwidere ich: Der Herr Kardinal erteilte uns nie einen solchen Befehl, und er drückte mir gegenüber nie den Wunsch aus, daß wir den Fürsten Hohenlohe wählen sollen. Ich konnte also nicht gesagt haben, was mir Herr G. vorwirft. Übrigens hatte ich in Klein Borek keine Versammlung, wie der Korrespondent behauptet; nur 7 Personen aus Broniec und aus Klein-Borek wohnten auf meine persönliche Einladung jener Versammlung bei.

Weiter wirft mir jene Korrespondenz vor: „Der Geistliche Aleksander sagte, Pfarrer Rogowski sei schon bestraft gewesen und deshalb sollte man ihn nicht wählen." Darauf lautet meine Erwiderung: Ich wußte bis jetzt nicht, daß Pfarrer Rogowski jemals bestraft worden sei, ich weiß nicht, wofür und welche Strafe ihn hätte treffen können. Ich konnte also nicht sagen, was die Korrespondenz behauptet. Drittens wirft mir der Herr Korrespondent vor: „Pfarrer Aleksander, Du sagtest, Pfarrer Rogowski gehe gegen unseren Glauben." Diese Behauptung enthält kein wahres Wörtchen.

Achtungsvoll
Aleksander, Pfarrer.

Aus Nr. 21 der Gazeta Opolska (Oppeln) vom 16. Februar 1907:

Schon seit mehreren Jahren bemüht sich ein Kreis hiesiger Bürger, einen Fonds zum Bau des so notwendigen „Polnischen Vereinshauses" aufzubringen. Der Erfolg ist jedoch bis heut nicht groß. Die Verhältnisse gestalten sich für die polnische Volksgesamtheit immer schwieriger. Fast kein Gastwirt will uns — nicht einmal zu einem gewöhnlichen Vergnügen, geschweige denn zu einer Volksversammlung oder zu einer Liebhabervorstellung — seinen Saal hergeben! Wenn wir es nicht

bewerkstelligen werden, uns ein eigenes Vereinshaus zu errichten, in welchem wir ungehindert Volksversammlungen, gesellige Unterhaltungen, Vereinssitzungen abhalten könnten, so werden wir in unseren brennenden öffentlichen Fragen stumm bleiben müssen.

Sind wir denn irgendwelche Fremdlinge, daß man uns wie Bettlern die Benutzung von Sälen und Lokalen ablehnen dürfte? Nein! Wir befinden uns auf uraltem polnischen Boden, und wir haben das Recht, uns zu versammeln und uns gemeinsam in den Angelegenheiten zu beraten, die uns interessieren. So möge auch jeder, ob klein oder groß, ob reich oder arm, sich dazu gedrungen fühlen und wenigstens mit einer ganz geringen Gabe zur Errichtung dieses Heiligtums des polnischen und bürgerlichen Wortes beitragen. Bedenkt, liebe Landsleute, daß wir im Kreise Oppeln ungefähr 300 000 Einwohner sind! Wenn jeder nur 10 Pfennige beisteuern würde, so würde ein Fonds von 30 000 Mk. zusammengebracht werden, und mit einem solchen Kapital könnte man schon ans Werk gehen. Wir besitzen schon etwa 3000 Mk., jedoch laufen weitere Beiträge sehr spärlich ein.

Vorwärts also, liebe Landsleute, rührt euch munter, sammelt, was jeder kann, in jedem Dorfe, übergebt die Sammlung eurem Vertrauensmann, der wiederum das gesammelte Geld einem Mitglied des unlängst gegründeten Komitees behändigen wird. Denket an Sammlungen bei Hochzeiten, Taufen, oder anderen Festlichkeiten, wisset, daß ein Körnlein zum anderen gefügt, das Maß vollmacht. Munter also! Jedes Dorf suche zu beweisen, daß es würdige Bürger besitzt, denen die vaterländische, nationale Sache am Herzen liegt.

Nach Ablauf einer gewissen Zeit werden wir in der Gazeta Opolska mitteilen, welches Dorf etwas gegeben hat und wieviel, was zugleich die Empfangsbescheinigung sein wird.

Das Komitee zum Bau eines polnischen Vereinshauses in Oppeln:

Thomas Baran, Richtersdorf; Dr. Thaddäus Dembinski, Posen; W. Dybalcz, Dembinetz; Adalbert Kandziora, Oppeln; Jakob Kama, Schalkowitz; Bronislaus Koraszewski, Oppeln; Thaddäus Koraszewski, Oppeln; Johann Kornek, Zawada; Adalbert Kusnierz, Dometzko; Blasius Langosz, Slengry (?); Johann Lukasz, Oppeln; Frank Paszkowski, Oppeln; Stanislaus Spychalski, Oppeln; Jakob Marzecha, Groß-Döbern.

Aus Nr. 41 des Gornoślązak (Kattowitz) vom 20. Februar 1907:

Betrifft die staatliche Kohlengrube in Königshütte.

In der fiskalischen Grube, im Bahnhofsschacht, Feld Heintzmann, tut seit dem 1. Februar d. Js. ein Bergreferendar Dienst als Steiger. Er versteht nicht polnisch. Den alten Invaliden will er die deutsche Sprache beibringen. Einem setzte er so laut zu, so daß ich es nicht mehr anhören konnte. Er sagte ihm, daß er aus Faulheit nicht deutsch sprechen will. Der 66 Jahre alte Invalide fing dann an deutsch zu sprechen: „Muse bese ba mier is referendar.“ Schließlich fragte der Aufseher den Invaliden, was er wünsche. Das war vernünftig. Möge der Herr Referendar dessen eingedenk sein, daß er hier im polnischen Lande, unter polnischer Bevölkerung lebt. Wenn er z. B. nach Rußland käme, und man würde von ihm verlangen, daß er russisch sprechen solle, wiewohl er es nicht verstehe, — was würde er dazu sagen? Er würde sich gewiß nach Hilfe umsehen. — Weiter hat er die Gewohnheit, die Leute heftig zu schmähen: Läusepeter, verfluchte Hacharen. Die Jungens, welche Wagen schieben, müssen sich in Acht nehmen, daß sie nicht mit der Keilhaue eins abbekommen. Wer eine Schicht zu Hause bliebe, der kann mit 1,50 Mk. bestraft werden, und am zweiten Tag gibt es Lärm. Wir bitten den Herrn Direktor, das Strafbuch einzusehen, ob es gut sei, daß so viele Leute zur Strafe notiert werden. Schließlich möchte ich den Herrn Direktor fragen, ob es angebracht ist, daß in dem alten Schacht, wo das Holz ausgeraubt ist, Kappen aufgespannt und auf dem „bank“ die Orgel aufgestellt werden. (??) Ich möchte dies beweiskräftig wissen, damit ich danach handeln könnte.

Ein junger Arbeiter.

Aus Nr. 20 des Nowiny Raciborski (Ratibor) vom 14. Februar 1907:

Den verehrten Landsleuten in Lubom, Syryn, Grabowiec und in den benachbarten Ortschaften teile ich ergebenst mit, daß wir hier eine Volksbibliothek haben, deren Bibliothekar unser wackere Landsmann Herr Karl Sekula ist. Ich bitte alle dringend, von dieser Bibliothek möglichst viel Gebrauch zu machen, insbesondere jetzt, wo wir noch längere Abende haben. Die Bücher werden unentgeltlich verliehen. Sowohl alt, als auch jung können aus dieser Quelle Aufklärung zum eigenen Nutzen schöpfen.

Ein Lubomer Einwohner.

Aus Nr. 36 des Gornoślązak (Kattowitz) vom 14. Februar 1907:

Bilanz für das Jahr 1906.

Bank ludowy (Volksbank), E. G. m. u. H. in Kosel.

Aktiva.		Passiva.
—,—	Reservefonds	523,—
—,—	Geschäftsanteile	3 212,10
—,—	Depositen	35 169,63
—,—	Hinzugeschriebene Zinsen	938,36
—,—	Banken	32 643,35
500,00	Aktien	—,—
5,20	Prozeßkosten der Mitglieder	—,—
69 534,55	Wechsel - hierin Dubiosa 652,35	—,—
1 187,38	Bar	—,—
1 259,31	Verluste 1906	—,—
72 486,44		72 486,44

Zahl der Mitglieder.

Aus dem Jahre 1905 aufs Jahr 1906 gingen über	123
Im Jahre 1906 kamen hinzu	45
Zusammen	168
Im Jahre 1906 sind ausgetreten	27
Auf Jahr 1907 gehen über	141

Der Vorstand.

Josef Dreyza. Johann Bugiel. Johann Hodsin.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 23 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz) vom 21. Februar 1907:

Der X. Parteitag der polnisch-sozialdemokratischen Partei im preußischen Landesteil wird während der Osterfeiertage, den 30. und 31. März 1907, zu Zabrze in Oberschlesien stattfinden.

Wir fordern alle unsere Partei-Organisationen auf, gemäß den Parteisatzungen der P. P. S. zur Wahl der Delegierten zu schreiten und die Anträge für den Parteitag zu besprechen.

Wir schlagen folgende Tagesordnung vor:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht der Delegierten aus den einzelnen Ortschaften.
3. Unsere Taktik.
4. Änderung unserer Organisationssatzungen.
5. Parteipresse.
6. Wahl des Vorstandes und der Kommissionen.

Jeder Genosse hat das Recht, bis spätestens zehn Tage vor Beginn der Verhandlungen z. H. des Genossen Trombalski, Kattowitz, Bernhardstr. 2, dem Vorstand Anträge zu übersenden. Die Anträge werden in der Gazeta Robotnicza bekannt gemacht werden.

Mit sozialdemokratischem Gruß:

Der Vorstand der polnisch-sozialdemokratischen Partei.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 33 des Czas (Krakau) vom 9. Februar 1907:

Nach den Wahlen in der Provinz Posen.

Posen, den 6. Februar.

Die Wahlbilanz. — Die Beteiligung an den Wahlen. — Schädliche Kundgebungen. — Dem Zentrum zum Trotz. — Die Volksparteiler und der Prälat v. Jazdzewski. — Die neuen Abgeordneten.

Die Reichstagswahlen haben wiederum die Richtigkeit der gegen die Polen mit so viel Aufwand an Geld, Kraft und List, mit solcher Nichtachtung der Grundlagen der Gerechtigkeit und des Rechts geführten Politik erwiesen. Die polnische Fraktion ist aus diesen Wahlen, den Annahmen und Berechnungen der Feinde entgegen, der Anzahl nach gestärkt hervorgegangen. Sie zählte 16 Mitglieder, jetzt wird sie deren 20 zählen. Wir haben ein schon längst verlorenes Mandat in Westpreußen, im Kreise Schwetz, wiedergewonnen und drei neue Mandate in Schlesien erobert, so daß neben den beiden früheren Abgeordneten Korfanty und Napieralski noch drei Schlesier in der polnischen Fraktion sitzen werden, nämlich die Pfarrer Skowronski, Brandys und Jankowski; der letztere wurde in der Stichwahl gewählt. Bei den 15 Wahlbezirken in der Provinz Posen haben wir in 11 gesiegt. Von den 4 anderen ist es uns ein- oder zweimal vor mehreren Jahren gelungen, den Wahlkreis Lissa-Fraustadt durch ein Kompromiß mit dem Zentrum, und einmal den Bromberger Wahlkreis auf Grund ganz ausnahmsweiser Verhältnisse zu gewinnen. Wir haben uns also in der Provinz Posen bei unserem bisherigen gewöhnlichen Besitzstande erhalten. Der Kampf war ein erbitterter, denn auf beiden Seiten wurden alle Kräfte angespannt. Namentlich in den zweifelhaften Wahlbezirken erschienen über 90 v. H. aller stimmberechtigten Polen und Deutschen an der Wahlurne. Im Vergleich zu den vorletzten Wahlen im Jahre 1903 stieg die Anzahl der polnischen Stimmen in der Provinz Posen allein, ohne Westpreußen und Schlesien, um 15720 und die Anzahl der deutschen Stimmen aller Parteien, ohne die Sozialdemokraten, sogar um 21812. Die Sozialdemokraten dagegen büßten 1692 Stimmen ein, die selbstverständlich den deutschen Kandidaten zugute kamen. Überhaupt geht aus der Zusammenstellung hervor, daß die Deutschen in diesem Jahre eifriger denn je ihrer Wahlpflicht genügten. Der polnische Eifer datiert nicht erst von heute und deshalb war auch der Zuwachs an polnischen Stimmen kleiner als der der Deutschen.

Wie in der ehemaligen Republik jeder Adlige die Wahlen als seine Hauptaufgabe betrachtete, so nehmen heute alle unsere Bevölkerungsschichten einen rührigen Anteil an der Wahlagitation und an dem Wahlakte selbst. Das ist gut, ja sehr gut, nur darf dadurch die öffentliche Tätigkeit nicht eingeschränkt werden, welche eine stetige und systematische Arbeit erheischt. Es kommt sogar vor, daß unsere Vorwahlversammlungen oftmals, wie durch einen geheimen Atavismus, den früheren Landtagen ähneln, in welchen die Rücksichten persönlicher Eitelkeit und persönlicher Ehrgeizes einst eine so große Rolle spielten und die schön klingende, wiewohl oftmals leere Redensart regierte. Deshalb gilt die Tatsache allein, seine Stimme für einen Polen abgegeben zu haben, schon als die Erfüllung einer großen politischen Handlung. Dieses Pflichtgefühl hat zwar die günstige Wirkung, daß die polnische Gesamtbevölkerung eifrig an die Wahlurne tritt und dadurch nicht zuläßt, daß ihr die bereits besessenen Mandate entrissen werden und daß sie immer mehr neue erobert; aber es hat auch noch die Wirkung, und zwar im Falle des Nichteinverständnisses mit der praktischen Politik, daß die Polen nicht nur dort für einen Polen stimmen, wo dessen Wahl vielleicht gelingen könnte, sondern auch in solchen Wahlbezirken, in welchen die Stimmenabgabe für den eigenen Kandidaten lediglich eine leere Demonstration ist. Dies bezieht sich vor allen Dingen auf die Rheinprovinz und auf Westfalen. In jedem der dortigen fünf, von den polnischen Arbeitern bewohnten Wahlbezirke werden mehrere tausende polnische Stimmen abgegeben. Diese Stimmen, auf den Kandidaten des katholischen Zentrums abgegeben, würden ihm zum Siege verhelfen; für den Polen aber abgegeben, führen sie den Zentrumskandidaten entweder zum Falle oder sie veranlassen wenigstens die Notwendigkeit einer Stichwahl. Dies erbittert nur die Führer der mächtigsten und angesehensten Partei, bewirkt, daß wir bei der Wahl in unserem eigenen Lande auf die Hilfe der deutschen Katholiken nicht rechnen dürfen und schließlich, daß unsere Angelegenheiten im Reichstage immer weniger vom Zentrum die gehörige Unterstützung erfahren. Wenn der Wahlkampf gegen das Zentrum, namentlich in den Kreisen mit polnischer Mehrheit, wie in Schlesien, verständlich ist, so ist er in der Rheinprovinz und in Westfalen mehr denn ein politischer Fehler, denn er ist dort gewissermaßen nur ein schädlicher Zeitvertreib. Die Leute, welche ein derartiges Verfahren empfahlen, entschuldigen es mit der Wichtigkeit des Nachweises einer möglichst hohen allgemeinen Ziffer der bei den Wahlen abgegebenen polnischen Stimmen. Also der doktrinären Statistik wegen wird das wirkliche Interesse geopfert! Die Mode einer derartigen Statistik haben die Sozialdemokraten eingeführt, indem sie bei jeder Gelegenheit die Anzahl ihrer drei Millionen Wähler hervorhoben. Diese Statistik hat sie jedoch vor der diesjährigen, so empfindlichen Niederlage nicht gerettet.

Unser Verhältnis zum Zentrum hat sich nicht allein durch unsere Schuld gelockert; wir haben ja noch heute in dieser Partei treue und erprobte Freunde. Wenn wir

aber sehen, wie die Regierung und die Hakatisten sich die größte Mühe geben, uns mit dem Zentrum vollends zu entzweien, so müßten wir unsererseits alles das zu vermeiden suchen, was, ohne uns etwas zu nützen, diesen Zwiespalt noch vergrößern könnte. Bei den seit einigen Monaten in den deutschen Blättern und Zeitschriften über die neuen Ausrottungsmittel gegen die Polen geführten Debatten wiederholt sich fortwährend das Bedauern darüber, daß es schwer halten werde, den Reichstag zu einer Änderung der Verfassung nach der Richtung hin zu bewegen, um den polnischen Grund und Boden enteignen zu können. Das bezog sich noch auf den alten Reichstag. Aber auch in dem gegenwärtigen, frisch gewählten hat sich die Sachlage in dieser Hinsicht nicht geändert und sie wird sich auch so lange nicht ändern, als es der Regierung nicht gelungen sein wird, das Zentrum für ihre Pläne zu gewinnen. Dies müßten alle diejenigen unserer Politiker nicht vergessen, welche jetzt schon mit solchem Vergnügen gegen das Zentrum auftreten.

Diesen Politikern ist es bei den diesjährigen Wahlen gelungen, einen der verdienstvollsten langjährigen Abgeordneten, den Prälaten v. Jazdzewski, aus dem Reichstage und dadurch aus der polnischen Fraktion zu entfernen. Nach mehr als dreißigjähriger arbeitsvoller Tätigkeit erhielt der Prälat von seinen Wählern, denen der Hauptvorstand der sogenannten Volkspartei so zu handeln befohlen hatte, die Entlassung. Das Fehlen des so erfahrenen, mit der parlamentarischen Routine so vertrauten und in seinen Reden so sachlichen und gründlichen Abgeordneten wird sich oftmals fühlbar machen, namentlich da er bei seiner Bekanntschaft mit den Ministern und allen hervorragenden Reichstagsmitgliedern durch seine Privatbeziehungen so manches zu verlangen verstand, wovon nicht erst des weiteren und des breiten geschrieben wurde, was jedoch der Allgemeinheit zum Nutzen gereichte. An seiner Statt sollte ein junger Arzt aus einer kleinen Provinzialstadt gewählt werden, welcher bis jetzt lediglich seiner demokratisch-fortschrittlichen Ansichten wegen bekannt ist. Er wurde jedoch von dem Provinzial-Wahlkomitee, zum Verdruß derer, die für ihn die Lanze gebrochen hatten, nicht bestätigt. Der Abgeordnetensitz des Prälaten v. Jazdzewski ging auf einen der jüngeren Posener Rechtsanwälte, Dr. v. Mieczkowski über. Befähigt und fleißig, wird er eine tüchtige Arbeitskraft bilden. Er ist der einzige neu gewählte Abgeordnete in der Provinz Posen — wenigstens bis jetzt, denn wir wissen noch nicht, wen das Provinzial-Wahlkomitee an Stelle des in zwei Wahlbezirken gewählten Abgeordneten v. Czarlinski aufstellen wird. Kein neuer, aber ein in dieser Periode neu gewählter Abgeordneter ist Dr. Sigismund v. Dziembowski, eine zu bekannte Persönlichkeit, um uns über sie weiter auszulassen. Auch er fiel bei den letzten Wahlen dem Scherbengericht zum Opfer. Jetzt kehrt Dr. v. Dziembowski auf seinen früheren Posten zurück, nicht ohne Unzufriedenheit derselben Leute, die ihm vor drei Jahren die Bahn zu dem Abgeordnetenposten versagten. Es wäre wirklich die höchste Zeit, daß die preußische Kunde den Parteihaß aus uns vertriebe und uns die Menschen nach ihrer Arbeit und nach ihren Verdiensten schätzen ließe.

Aus Nr. 72 der Nowa Reforma (Krakau) vom 13. Februar 1907:

Schulstreikstrafen. — Geld- und Gefängnisstrafen. — Unzufriedene Lehrer. — Bischof Likowski.

Aus der in der gestrigen Ausgabe gebrachten Posener Depesche wissen wir bereits, welche Strafen in letzter Zeit gegen verschiedene Personen in der Provinz Posen anläßlich des Schulstreiks festgesetzt worden sind. Es muß aber hervorgehoben werden, daß dies nur gegen Redakteure, Geistliche und andere Personen, welche von den Behörden als die Streikagitatoren bezeichnet werden, festgesetzte Strafen sind. Außerdem werden noch Eltern mit Geld- und Gefängnisstrafen belegt, weil sie ihre Kinder überhaupt nicht in den deutschen Religionsunterricht oder in den gegen sie wegen Ungehorsams festgesetzten Schularrest schicken. Diese Strafen werden wegen Schulversäumnis in Höhe von 50 Pf. bis 1 Mark für den Tag gegen Eltern festgesetzt, welche an derartigen Geldstrafen schon 100 oder mehr Mark bezahlt haben; anderen wurden, im Falle der Zahlungsunfähigkeit, Möbel, Schweine oder anderes Hab und Gut beschlagnahmt und veräußert.

Die Gesamthöhe dieser Strafen läßt sich zurzeit noch nicht feststellen, sie beträgt jedoch mindestens schon einige zehntausende Mark. Die Unbemitteltsten müssen, weil sie zahlungsunfähig sind, die entsprechende Anzahl von Tagen im Gefängnis absitzen. Diese Gefängnisstrafen würden, wenn man sie zusammenzählte, eine ganze Anzahl von Monaten, ja sogar Jahre ausmachen. Strengere Strafen erleiden die, welche angesichts des ihren Kindern zugefügten Unrechts, angesichts der geradezu barbarischen Züchtigung ihrer Kinder ihre Entrüstung nicht haben herrschen können und sich gegen die Lehrer einer Beleidigung durch Wort oder Tat schuldig gemacht haben. Die dafür festgesetzten Strafen betragen zusammen bereits einige Jahre. Neuerdings verurteilte das Amtsgericht in Jutroschin den Müller Scisielski, weil er sich an dem Lehrer vergriffen hatte, als dieser in unbarmherziger Weise seinen Sohn prügelte, zu sechs Monaten Gefängnis; von der höheren Instanz wurde das Urteil bestätigt. Und es muß obendrein noch hinzugefügt werden, daß dies erst ein Teil der von den Behörden wegen Schulstreiks angestrengten Prozesse ist und daß hunderte derartiger Sachen sich erst in den nächsten Wochen oder Monaten abspielen werden.

Wir könnten uns auch wirklich nicht wundern, wenn unter dem Drucke so vieler grausamer Maßregeln der Schulstreik nicht nachlassen sollte. Zu bewundern vielmehr ist in diesem Kampfe um den polnischen Religionsunterricht die eiserne Ausdauer der Kinder und der Eltern. Übrigens fallen nicht allein die Polen diesem Kampfe zum Opfer. Nach den heutigen Blättermeldungen hat die Schulbehörde den deutsch-katholischen Lehrer Busch in Gora seines Amtes enthoben, weil er den Streik der polnischen Kinder nicht genügend bekämpft und überhaupt in politischer und nationaler Hinsicht das Vertrauen der Regierung eingebüßt hat.

Aber auch derjenigen Lehrer, welche in dieser Angelegenheit die Rolle der Regierungsschergen spielen, bemächtigte sich eine große Unzufriedenheit, nur daß die Beweggründe hierzu sehr niedrige sind. In der hakatistischen Wochenschrift nämlich, der Posener Lehrer-Zeitung beschweren sich die Lehrer im Tone höchster Entrüstung über die Regierung, weil sie ihnen die Entschädigung für die Arreststunden, welche sie mit den streikenden Kindern haben absitzen müssen, bis jetzt nicht hat bezahlen lassen. „Die Remuneration sei — so schreiben sie — sehr niedrig bemessen worden, nämlich nur eine Mark für die Stunde, und obendrein müßten sie noch ein Vierteljahr auf das Geld warten. Ein andermal würde die Regierung unter ähnlichen Verhältnissen keine solche Bereitwilligkeit bei den Lehrern zum Absitzen der Arreststrafen mit den Kindern mehr finden."

Diese Pädagogen behandeln also die Sache rein vom erwerbsmäßigen Standpunkte aus, für sie ist sie lediglich eine Frage des Gewinnes!

Bekanntlich hat sich die Nachricht verbreitet, daß in einer Versammlung der Dekane der Posener Diözese

Bischof Likowski einen Druck auf die Geistlichkeit dahingehend ausgeübt haben soll, daß sie die Beendigung des Schulstreiks anstreben solle. Jetzt erklären zwei hervorragende Posener Geistliche, der Domherr Echaust und der Dekan Kotecki, im Dziennik Poznanski, daß jene Nachrichten unbegründet seien.

Aus Nr. 72 des Slowo Polskie (Lemberg) vom 12. Februar 1907:

Der Sieger oder der Besiegte?

Gleich nach der Veröffentlichung des Wahlergebnisses und der endgültigen Feststellung der sozialdemokratischen Niederlage bestieg Kaiser Wilhelm das schnellste Automobil seiner Beredsamkeit und erklärte sich als Sieger, welcher mit der deutschen Nation zusammen fest im Sattel sitze und alles niederreiten werde, was ihm in den Weg kommen sollte. Plötzlich kam von der Seite, von einem der Zentrumsblätter, dem Bayrischen Kurier, eine kühle und schmerzliche Ernüchterung: Du bist nicht der Sieger, sondern trotz der Mittel, deren sich der Reichskanzler von Bülow bediente und die durchaus nicht die Bezeichnung sehr loyaler verdienen, der Besiegte!

Das erwähnte Blatt veröffentlichte nämlich vierzehn Briefe des Reichskanzlers, welche dieser in Wahlangelegenheiten an den Vorsitzenden des bayrischen Flottenvereins, den General Keim, geschrieben hat, ferner Originalabrechnungen zwischen dem Reichskanzler und Keim über 300 000 Mark aus Staatsmitteln dem Flottenverein zu Agitationszwecken gegen das Zentrum gewährter Gelder, sowie andere dergleichen Urkunden.

Schon die Tatsache allein, daß sich die Regierung in die Wahlen eingemischt, daß sie zu dem Zwecke sich der Staatsmittel bedient und den parteilosen Flottenverein zu ihrem Parteiagitator gemacht hatte, würde in einem wirklich parlamentarischen Staate genügen, um einen Minister, der sich derartiger Handlungen schuldig machte, zu stürzen. Der Reichskanzler des Kaiser Wilhelm jedoch ging noch viel weiter: seine Absicht war die, den protestantischen Fanatismus gegen die Katholiken zu wecken, mit seinem Wissen und auf seine Anregung sollten Offiziere als zentrumsfeindliche Agitatoren zur Verwendung kommen, es sollten ostentativ Katholiken und Zentrumsmitglieder aus dem Flottenverein ausgeschlossen werden. Am wichtigsten bei diesem Kampf ist der Umstand, daß man nicht gleichzeitig mit dem Zentrum auch die Sozialdemokraten auf's Korn genommen, sondern geradezu ein Kompromiß mit ihnen gegen das Zentrum anstrebte, um mit deren Stimmen bei der Stichwahl eine möglichst große Anzahl Zentrumskandidaten auszuscheiden.

Für alles dieses liefern die im Bayrischen Kurier veröffentlichten Briefe überaus genügende Beweise. Auf welche Weise die Briefe in die Redaktion des Zentrumsblattes gelangt sind, das ist eine andere Sache, daß sie jedoch echt sind, das beweist unter anderem die Drohung der Regierung, daß sie anläßlich deren Veröffentlichung das Strafverfahren wegen schweren Diebstahls einleiten werde. Andererseits aber wird behauptet, daß der Bayrische Kurier die Briefe nicht von einem „Diebe, der zur Nachtzeit systematisch in den Bureaus des Flottenvereins in der zweiten Hälfte des Monats Januar grassierte", sondern von einer geistlichen Person erhalten habe, deren man sich in dieser Angelegenheit als Vermittler bediente, die aber außerhalb der Machtsphäre der preußischen Regierung stehen soll.

Jedenfalls ist der Sieg des Zentrums und die Niederlage der Sozialdemokraten keineswegs ein Sieg der Regierung — sondern umgekehrt. Der Umstand aber, daß Kaiser Wilhelm sich schleunigst in den Sattel geschwungen hat, aus welchem die Sozialdemokratie geworfen worden ist, und sich als Sieger erklärt hat, beweist seinerseits mehr Findigkeit als Aufrichtigkeit. Man kann doch unmöglich annehmen, daß die deutsche Regierung, nach endgültiger Feststellung der Ziffern, nicht wahrgenommen haben sollte, daß sie wieder nicht so fest im Sattel sitze, wie dies ihr gekrönter Leiter bekannt gemacht habe. Ob man nämlich den Versuch macht, die parlamentarische Mehrheit aus den Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen, oder aus den Konservativen aller Parteirichtungen und dem Zentrum, oder aus den Liberalen, dem Zentrum, den Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen zusammenzuaddieren, stets wird dies eine ziffernmäßig so schwache, parteilich so unzusammenhängende Mehrheit sein, daß sie keinesfalls eine sichere und feste Unterlage für die Regierung bilden kann. Die Risse und Spalten zwischen den deutschen Parteien haben sich nicht nur verringert, sondern noch vergrößert und zwar durch die Veranlassung selbst und die Art und Weise der Reichstagsauflösung, durch die Wahlen und Wahllosungen der Regierung, schließlich durch solche Tatsachen, wie die, welche bei den Enthüllungen des Bayrischen Kurier in die Erscheinung getreten sind. Die Meinungsverschiedenheit der Parteien in dem künftigen Reichstage ist eine so große, daß sie der Regierung leicht eine geradezu verzweifelte Lage bereiten kann. . . . .

Die deutsche Regierung ist sich dessen recht gut bewußt und bemüht sich, die uneinigen Parteien im gemeinschaftlichen patriotischen Interesse zusammenzubringen. Weder die Flotten-, noch die Kolonialfrage können einen solchen Kitt bilden, denn sie sind ja die Veranlassung der Spaltung, die Regierung beschloß daher, zu den niedrigsten und grausamsten Instinkten der deutschen Nation ihre Zuflucht zu nehmen, wie dies der in unserer Sonnabendausgabe gebrachte Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über die antipolnische Politik der preußischen Regierung beweist, man hetzt die Hunde auf das wehrlose Opfer, wenn sie sich nur untereinander zu beißen aufhören wollten. Die Polen sollen also noch einmal mit ihrer Haut, mit ihrem Hab und Gut, mit der Preisgabe ihrer nationalen Interessen den deutschen Staat aus dem Wirrwarr retten!

Zu diesem Zwecke sollen neue Kredite für die Ansiedelungskommission bewilligt werden, zu diesem Zwecke kündigt die deutsche Regierung noch nicht näher bezeichnete antipolnische Gesetze an, zu diesem Zwecke werden Himmel und Erde in Bewegung gesetzt, um uns zu erdrücken und zu entnationalisieren. Und daß der Reichskanzler in den zum Ziele führenden Mitteln nicht wählerisch ist, das beweist die vorangeführte Sache des Bayrischen Kurier. Wir können deshalb überzeugt sein, daß mit den neuen Ausnahmemitteln ein ganzer Strom Schmutzwassers der echt hakatistischen Seele des neuzeitigen Deutschlands auf uns herabfließen wird.

Und dies ist für uns die erste und wichtigste Stelle in der Bilanz der letzten Wahlen in Deutschland. Zum Glück haben diese Wahlen erwiesen, daß in uns sich mehr Seelenstärke und Widerstandsfähigkeit befindet, als — wir es selbst erwartet hatten! —

Aus Nr. 44 des Kuryer Warszawski (Warschau) vom 13. Februar 1907:

Ein neuer Vergleich.

Schon seit längerer Zeit gingen im Lande leise Gerüchte um, daß gegen die für die nationale Sprache und für den Glauben kämpfende polnische Bevölkerung im Großherzogtum Posen irgend ein Anschlag seitens des Bischofs Likowski geplant werde, der nach dem Tode des Erzbischofs von Stablewski vertretungsweise die Leitung der Gnesen-Posener Erzdiözese übernommen hatte. Vor allen Dingen machte es alle stutzig, daß die Regierung keine Schwierigkeiten gemacht hatte, als beide Kapitel den Bischof Likowski dazu beriefen, das Steuer der kirchlichen Angelegenheiten solange in seine Hände zu nehmen, bis die Wahl eines neuen Erzbischofs erfolgt sein würde. Man erinnerte sich schon damals verschiedener Episoden aus der früheren Tätigkeit des Bischofs, die allerdings nicht von tieferer Bedeutung waren, dennoch aber die versöhnlichen Tendenzen dieses einflußreichen Priesters durchschimmern ließen. Dann begannen die unseren Lesern bereits bekannten Ränke der preußischen Regierung und der Zentrumspartei beim päpstlichen Stuhl, aber der saure Ton der deutschen Presse sprach deutlich dafür, daß die Bemühungen des Kardinals Kopp, den Papst zum Einschreiten gegen den Streik der Schulkinder im Posenschen zu bewegen, ohne Erfolg geblieben waren. Aus allerglaubenswürdigster Quelle berichtete man uns, daß der heilige Vater jede persönliche Intervention entschieden abgelehnt hätte. Er hätte kategorisch erklärt, daß er das größte Vertrauen zum Bischof Likowski hätte und daß er gegen dessen Willen in der Angelegenheit des Schulstreiks der Kinder im Posenschen, denen die preußische Regierung mit Gewalt den Religionsunterricht in der deutschen Sprache aufgedrängt hätte, keinen Schritt tun würde.

Was später hinter den Kulissen der kirchlichen Politik geschehen ist, das können wir freilich nur aus mehr oder weniger wahrscheinlichen Mutmaßungen schließen. Wir werden jedoch nicht allzu weit am Ziel vorbeitreffen, wenn wir der Überzeugung Ausdruck geben, daß die preußische Regierung, nachdem sie die Ergebnislosigkeit ihrer unmittelbar auf den Vatikan ausgeübten Pressionen eingesehen hat, sich an den Bischof Likowski gewandt hat und daß sie in diesem einen willigen Förderer ihrer Wünsche gefunden hat. Da sie über Rom Posen nicht treffen konnte, hat sie über Posen Rom getroffen.

Der Bischof Likowski, der vom Vatikan die Aufforderung erhalten hatte, über den Verlauf des Schulstreiks zu berichten und seine Ansichten über das Verhältnis der Kirche zur Schulpolitik der preußischen Regierung auszusprechen, ist zweifellos gegen die weitere Unterstützung der polnischen Opposition durch die Geistlichkeit aufgetreten und er hat seine Bereitwilligkeit erklärt, auf mehr oder weniger vertrauliche Art den bekannten Aufruf des verstorbenen Erzbischofs von Stablewski, der die Berechtigung des Streiks gegen den deutschen Religionsunterricht anerkannt hatte, zu widerrufen.

Und es trat ein, was unter solchen Verhältnissen eintreten mußte. Der Vatikan, in welchem die preußischen Ränke fleißig weiter getrieben wurden, änderte seine Stellung gegenüber dem Schulstreik, denn da ein polnischer Bischof, also eine Person, die der Kirche in den polnischen Fragen am glaubwürdigsten sein muß, sich in einem für die preußische Regierung günstigen Sinne geäußert hatte, hatte der Vatikan auch keinerlei Veranlassung mehr, fernerhin bei seinem Widerstande zu beharren und die Polen zu verteidigen, die der eigene Hirte verlassen hatte. Bischof Likowski erhielt also damals das „placet“ des Vatikans für seine Versöhnungspolitik und er wandte sich dann an die Dekane der Erzdiözese Gnesen-Posen mit der vertraulichen Forderung, mit ihren Bemühungen behufs Unterdrückung des Schulstreiks zu beginnen.

Aber es sieht so aus, als ob die Sache gar nicht so leicht auszuführen sein wird, wie es dem versöhnlichen Bischof scheint. Nach dem Hirtenbriefe des verstorbenen Erzbischofs von Stablewski, der von allen Kanzeln im Posenschen herab verlesen wurde, und nach der lauten Deklaration der Geistlichkeit in der Posener Versammlung, in welcher durch den Mund des päpstlichen Kammerherrn Geistlichen Laubitz deutlich in dem feierlichen Tone eines Eides gesagt wurde, daß, was auch nur immer eintreten möge, die Geistlichen bereit sind, aus Leibeskräften des Volkes zu verteidigen, daß sie mit dem Volke gehen werden, aber niemals gegen das Volk, nach allen diesen Vorgängen also ist es geradezu unmöglich anzunehmen, daß der Posener Klerus auf eine Kopfbewegung des versöhnlichen Bischofs sich von alledem lossagen wird, was er seiner Nation geschworen hat und wozu er sich durch den Brief des verstorbenen Erzbischofs von Stablewski verpflichtet fühlte. Auch die hierarchische Subordination hat ihre Grenzen und die Kirche, die mit den nationalen Gefühlen ihrer Priester ihren Spott treibt, die sie zum Wortbruch gegenüber ihren eigenen Schäflein zwingt, die sie in den Augen der polnischen öffentlichen Meinung kompromittiert, die fast alltäglich ihre Anordnungen ändert und heute etwas als Übertretung ansieht, was gestern von allen Kanzeln herab im Namen der höchsten Kirchenbehörde öffentlich als Tugend gepriesen worden ist, eine solche Kirche begeht eine jener Taten, die als eine der menschlichen Natur angetane Gewalttat, einen gefährlichen Bruch zwischen der polnischen Geistlichkeit und der Kirchenbehörde herbeiführen kann.

Auch die Priester sind doch nur Menschen. Und da sie gebildete Menschen sind, so kann man von ihnen unmöglich das verlangen, was der preußische Unteroffizier von seinen Rekruten verlangt, was die deutsche Sprache mit dem treffenden Wort „Kadavergehorsam“ ausdrückt. Die Kirche hat unzweifelhaft das Recht, von der Geistlichkeit zu verlangen, daß sie den Wünschen der ihr vorgesetzten kirchlichen Behörde gehorcht, aber sie begeht einen fatalen Fehler, wenn sie dieses Recht mißbraucht, wenn sie die nationalen Gefühle der Priester vergewaltigt, wenn sie ihre Schwüre, die öffentlich abgeleistet sind, als Lügen hinstellt, wenn sie sie als Hanswürste hinstellt, die auf Befehl ihres Bischofs öffentlich die gleiche Sache als eine böse anerkennen müssen, die sie noch vor einigen Wochen mit ausdrücklicher Zustimmung eines anderen Bischofs, ja sogar auf die Aufmunterung desselben hin, als eine gute Sache anerkannt haben.

Es ist dies eine moralische Ohrfeige, die der Menschenwürde der Priester versetzt ist und wie vorauszusehen war, hat diese Ohrfeige schon heute Empörung unter der Geistlichkeit im Großherzogtum Posen hervorgerufen. Mit Ausnahme des Dziennik Poznanski bestätigt die ganze großpolnische Presse diese fatalen Folgen. Ja sogar die kleinen Volkszeitungen, die nicht nur durch und durch katholisch, sondern sogar fanatisch religiös sind, besprechen mit tiefem Bedauern die Versöhnungspolitik des Bischofs Likowski und preisen ohne Vorbehalt mit freudiger Anerkennung das Auftreten der Geistlichkeit gegenüber der bischöflichen Behörde.

So schreibt die in Kosten erscheinende Gazeta Polska:

„Unsere Geistlichkeit wird sich nicht zu Zwecken mißbrauchen lassen, die gegen die Kirche gerichtet und antinational sind. Es ist ein Beweis außerordent-

lichen Mutes, daß unsere Geistlichkeit, zwar nicht dem ausdrücklichen Befehl, in jedem Falle aber den Wünschen ihrer vorgesetzten Behörde widersprochen hat.

Möge dies für diese Behörde ein abschreckendes Beispiel für die Zukunft sein, denn es könnten Situationen eintreten, in denen die Geistlichkeit den ausdrücklichen Befehlen ihrer geistlichen Behörde den Gehorsam verweigern würde, wenn sie die Ausführung dieser Befehle nicht mit ihrem Gewissen würde vereinigen können.

Die Geistlichkeit und die Volksgesamtheit haben ein Bündnis geschlossen, das schon heute unzerreißbar ist, sie haben es geschlossen auf dem Felde des Kampfes für unsere heiligsten Güter, für den Glauben und für die Nationalität. Es vereinigen uns der gemeinsame Kampf, gemeinsame Wunden, gemeinsame Siege und Opfer, niemand und nichts kann uns noch entzweien. Wenn es jemand versuchen sollte, seine Amtsgewalt als Keil zu gebrauchen, der die Geistlichkeit von der Volksgesamtheit trennen soll, dann würde sich dieser schändlich irren."

Einen solchen Ton und derartige Ausdrücke hat man schon lange nicht im Posenschen gehört. Man muß die tiefe Religiösität und den häufig rücksichtslosen Katholizismus der großpolnischen Presse kennen, um zu verstehen, daß etwas Außerordentliches geschehen ist, daß man dort irgendwelche Seiten empfindlich berührt hat, daß man in den Empfindungen der Bevölkerung große Verwirrung hervorgerufen hat.

Aber setzen wir sogar den Fall, daß die polnische Geistlichkeit schließlich dem Willen des Bischofs nachgeben wird, daß sie im Namen des Gehorsams, den sie der Kirche geschworen hat, gegen den Schulstreik auftreten oder wenigstens ihm gegenüber eine passive Stellung einnehmen wird! Glaubt denn Bischof Likowski wirklich, daß die Posener Volksgesamtheit, getrieben von der Liebe zur Kirche und zu ihren Priestern, gestatten wird, sich die Politik der Versöhnlichkeit, die Politik der Kapitulation, die für ihre nationalen Interessen allergefährlichste Politik aufdrängen zu lassen?

Die einzige Antwort des polnischen Volkes würde nur die sein, daß es sich von der Geistlichkeit abwendet. „Wenn ihr nicht mit uns gehen wollt, dann werden wir ohne euch, ja sogar gegen euch gehen!"

Heute hat die Kirche auf Posener Erde noch einen mächtigen Einfluß. Sie ist Herrin der Herzen und Sinne. Sie ist die Seele des öffentlichen Lebens. Die Nation vertraut ihr vollkommen, sie fühlt in ihr Blut von ihrem Blute, Bein von ihrem Bein, sie ehrt und belohnt sie, so wie sie es kann und versteht. Es gibt fast keinen Verein, keine Institution, keine Darlehnskasse oder Genossenschaft, es gibt keine Versammlung, keine politische Tat, bei welcher die Geistlichen nicht eine hervorragende, häufig sogar leitende Rolle spielen. So ist es noch heute, wie aber wird es morgen sein? Die Politik des Bischofs Likowski wird ihm persönlich vielleicht wichtige Dienste leisten, indem sie ihn auf die Höhe des erzbischöflichen Thrones hebt, sie wird aber auch zweifellos die religiösen Empfindungen in der Posener Volksgesamtheit abkühlen, sie wird die Stellung der Geistlichkeit im öffentlichen Leben erschüttern und eine gefährliche Spaltung zwischen der Kirche und der Nation hervorrufen.

W. R.

Aus Nr. 45 des Kuryer Warszawski (Warschau) vom 14. Februar 1907:

Die Konföderation der Ruthenen mit den Deutschen und Sozialisten.

Das energische Auftreten der galizischen Behörden gegen das blutige Hajdamakentum an der Lemberger Universität hat die Ruthenen zu einer großen politischen Aktion, die weit über die Grenzen Österreichs reicht, bewogen. Lange Jahre schwanden dahin und die Landesbehörden tolerierten mit wahrem Unverstand alle Ausschreitungen der Ruthenen. Aus Wien wehte ein den Ruthenen günstiger Wind. Es reichte aus, „Ruthene" zu sein, um eine gute bureaukratische Karriere zu machen. Es ist also kein Wunder, daß der Hochmut der Hajdamaken wuchs und der räuberische Ruf: „Fort mit den Polen! Hinter den San mit ihnen!" immer lauter erscholl.

Schließlich lief aber das Maß der Geduld über. Die Erstürmung der Universitätsaula und der Überfall des Professors Winiarz durch eine Anzahl Hajdamaken, die mit Stöcken, Messern und Äxten bewaffnet waren, riefen eine derartige Entrüstung der polnischen öffentlichen Meinung hervor, daß sich die galizischen Behörden endlich energisch daran machten, Ordnung zu schaffen. Etwa hundert dieser anarchistischen Studenten wurden verhaftet. Die ruthenischen Politiker waren zunächst über die Vorgänge entrüstet. Hier und dort machten sich in der ruthenischen Presse diskrete Klagen über diese allen Kulturbegriffen Hohn sprechende hajdamakische Kampfesart bemerkbar. Als aber die galizischen Behörden die Schuldigen ins Gefängnis warfen, als man sich im ruthenischen Lager davon überzeugte, daß die Polen fernerhin nicht mehr daran dächten, die Angriffe des Hajdamakentums mit sanften Vorstellungen zu quittieren, da ferner aus Wien zu verstehen gegeben wurde, daß die Regierung anarchistische Ausschreitungen nicht tolerieren könnte, da änderte sich sofort die ruthenische öffentliche Meinung, und es begann eine ungeheure Agitation, um „die Opfer der polnischen Bedrückung" zu befreien und um Europa zu belehren, daß das, was geschehen war, nur eine natürliche Abwehr des ihnen seitens der „polnischen Henker" angetanenen Unrechts gewesen wäre. Das allersympathischste Echo fanden die ruthenischen Klagen in der deutschen Presse, in der Millionen der verdrehtesten Lügen über die „polnische Tyrannei" erschienen. Aber sogar in der Schweiz fand der schamlose Schwindel der Ruthenen gastfreie Aufnahme. Man muß die Artikel durchlesen, die ein solches Berner Tageblatt über die Polen bringt, um zu verstehen, welch' einen großen und skandalösen Umfang die Hetze der Ruthenen gegen unsere Nation angenommen hat.

Aber hiermit nicht genug. In Wien wurde auf Veranlassung der Ruthenen eine große Studentenversammlung einberufen, um gegen „die polnischen Gewalttaten" zu protestieren und um die strafende Hand der Gerechtigkeit von den Erben des Gont und Zelezniak (Schindel und Eisentopf?), von den Stürmer der Universität, von den Gottesleugnern, die einen polnischen Professor ermorden wollten, abzulenken. Nach dem Bericht der Allgemeinen Österreichischen Korrespondenz trat als erster Redner der im Namen der Ruthenen sprechende Student Rizuro auf, der unerhörte Märchen von der „polnischen Tyrannei" erzählte und den Angriff auf die Universität als Kundgebung der äußersten Entrüstung über die Beleidigung der nationalen Ehre der Ruthenen charakterisierte. Dann trat der deutsche Student Harpner auf und bemühte sich, die Zuhörer zu überzeugen, daß die massenhaften Verhaftungen im Widerspruch zu den bestehenden Bestimmungen ständen, daß die ruthenischen Studenten

provoziert worden wären, um sie dann der blutdürstigen Schlachta als Beute auszuliefern. Als dritter Redner betrat der Abgeordnete Pernerstorfer die Tribüne und nannte, indem er die Ruthenen die „Tyroler des Ostens" nannte, das Messer und die Axt geradezu würdige Waffen im politischen Kampfe.

„Zwischen der Nation und dem Staate" — so sagte er — „besteht ein gegenseitiges Verhältnis. Wenn dieses Verhältnis erschüttert wird, dann hat die gekränkte Partei das Recht, Gewalt anzuwenden."

Schließlich trat auch noch der frühere deutsche Abgeordnete Ofner auf. Er warf dem Senat der Lemberger Universität die Beugung des Rechtes der akademischen Freiheit vor und gab der Hoffnung Ausdruck, daß „soziale Rücksichten den Staatsanwalt veranlassen würden, den Prozeß, der den ruthenischen Studenten gemacht worden sei, niederzuschlagen".

Also Straflosigkeit für die Verbrecher! Es handelt sich ja nur um die Polen, also ist auch jeder Deutsche bereit, das blutige Hajdamakentum von allen Sünden loszusprechen. Man spricht dann von der Allmacht der Schlachta, von der Machtlosigkeit der österreichischen Minister in Galizien, von dem Einfluß der polnischen Magnaten in Wien, von den häßlichen Martern der Ruthenen unter der polnischen Peitsche, und im Namen aller dieser bis zum Überdruß wiederholten Märchen fordert man Straflosigkeit für diese Horde von Lumpen, die zwei Universitätssäle in Trümmer gelegt, die Bilder der verstorbenen Professoren in Fetzen gerissen und den Sekretär der Universität, der sie nicht einmal in ihrer Arbeit zu stören bemüht war, lebensgefährlich verletzt haben. Es würde sehr schlimm sein, wenn die galizischen Behörden über diesen Spektakel erschrecken und von neuem die Maxime bestätigen würden, daß „den Ruthenen alles erlaubt sei". Wir verlangen Gerechtigkeit und Ruhe. Mögen die Gerichte die Urteile ohne Leidenschaft fällen, aber mögen sie die Untersuchung streng durchführen und die Schuldigen nach Verdienst bestrafen. Das erfordert das Interesse des Landes, das verlangt das Interesse der polnischen Wissenschaft.

Zum Schlusse wollen wir noch erwähnen, daß die galizischen Sozialisten immer energischer für die Verteidigung des hajdamakischen Ruthenentums eintreten. Daß sie vor nichts zurückschrecken, sofern es sich nur darum handelt, den polnischen Namen zu schmähen. Welcher Logik sie sich aber hierbei bedienen, bezeugt u. a. folgende Tatsache:

Vor einigen Tagen berichtete der sozialistische Naprzod über eine niederträchtige Ausschreitung einiger Gymnasialschüler, die an einem alten Juden und an einigen Jüdinnen ihr Mütchen kühlten, indem sie sie mit Schnee bewarfen, sie anrempelten und stießen. Mit Recht entrüstet sich der Naprzod über ein derartiges tierisches Benehmen und mit Recht gibt er seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß ein Polizeibeamter diesen Dingen gleichgiltig zugesehen hat. Er gibt ferner seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß sich niemand gefunden hat, der diesen uniformierten Lümmeln auf frischer Tat eine Lehre erteilt hätte; weiter fragt er die Polizeidirektion: „Zu welchem Zwecke steckt denn eigentlich solch' ein Polizeikerl auf der Straße? Ist es denn nicht seine Pflicht, die Angefallenen zu beschützen?"

Zu diesem Artikel macht der Krakauer Czas folgende Bemerkungen: „Diesem gegenüber muß man sich fragen, was sich der Naprzod gedacht hat, als er sich mit dem „Genossen Hudec" solidarisch erklärt hat, als dieser im Lemberger Stadtrat gegen die Resolution auftrat, die die Behörde aufforderte, die Universität gegen solche brutalen Überfälle, wie es der letzte gewesen war, zu schützen? Man mußte ihm die Versicherung geben, daß der Stadtrat um Gotteswillen nicht beabsichtige, die Hülfe der Behörden oder gar der „Polizei" anzurufen, wie Genosse Hudec erzürnt und drohend rief. War den das Zerbrechen der Stühle in der Universität, das Zerschlagen der Fenster, das Zerfetzen der historischen Bilder usw. eine weniger strafbare Tat, als die vorher beschriebene? Es ist ja bekannt, wie einheitlich die Dressur der sozialistischen Agitatoren in der Frage des Verhältnisses zwischen der Behörde und der Volksgesamtheit ist. Wir sind wirklich neugierig, ob nicht Herr Hudec die Polizei gegen jene „uniformierten Lümmel" zu Hülfe gerufen hätte?

Warum sollen wir aber so weit greifen, da ja der Naprzod in der Angelegenheit der Verhaftung der ruthenischen Übertreter selbst eine Stellung eingenommen hat, die als Beispiel des doppelten Maßes, nach dem er mißt, sehr beachtenswert ist.

„Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß nicht sowohl strafrechtliche Gründe, als vielmehr politische die massenhaften Verhaftungen herbeigeführt haben, daß man beabsichtigt, einen Schlag nicht gegen die Beschädiger fremden Eigentums zu führen, als vielmehr gegen die ruthenischen Studenten, die sich erfrecht haben, das polnische Heiligtum zu vergewaltigen.

Eine derartige Vergeltung, die der Rachgier der allpolnischen Aufhetzer entspricht, ist nicht Sache der Behörden, ist nicht Sache des Gerichts, das über dem politischen Haß stehen soll und unparteiisch urteilen soll. Die innere Form dieser Treibjagd erinnert vollständig an die russischen Strafexpeditionen."

Überhaupt nimmt der Haß gegen alles, was die polnische Nation anbetrifft in den sozialistischen Organen fast krankhafte Formen an.

Lector.

Merzbach'sche Buchdruckerei Posen